

Jahresabschluss

S

zum 31. Dezember 2016

der

Stadtsparkasse Magdeburg

Sitz

Magdeburg

eingetragen beim

Amtsgericht

Stendal

Handelsregister-Nr.

HRA 22076

Lagebericht

der

Stadtparkasse Magdeburg

zum Geschäftsjahr 2016

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Stadtsparkasse Magdeburg	4
2 Wirtschaftsbericht	5
2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	5
2.2 Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung.....	8
2.2.1 Geschäftsvolumen und Bilanzsumme.....	8
2.2.2 Aktivgeschäft.....	9
2.2.3 Passivgeschäft.....	10
2.2.4 Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres.....	11
2.3 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage.....	11
2.3.1 Ertragslage.....	11
2.3.2 Finanzlage.....	14
2.3.3 Vermögenslage.....	15
2.4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren.....	16
2.4.1 Personal- und Sozialbereich.....	16
2.4.2 Kundenbeziehungen.....	17
2.4.3 Soziales Engagement und Umweltverträglichkeit.....	17
2.5 Gesamtaussage und Beurteilung.....	18
3 Risikobericht	19
3.1 Rahmenbedingungen.....	19
3.2 Risikomanagementsystem.....	19
3.3 Risikotragfähigkeit.....	22
3.3.1 Risikotragfähigkeitskonzeption.....	22
3.3.2 Gesamtbild der Risikotragfähigkeit.....	23
3.4 Risikokategorien.....	24
3.4.1 Adressausfallrisiken/ Adressenrisiken.....	24
3.4.2 Marktpreisrisiken.....	31
3.4.3 Liquiditätsrisiken.....	35
3.4.4 Operationelle Risiken.....	38

3.4.5	Sonstige Risiken.....	40
3.5	Stresstests.....	42
3.6	Chancen und Risiken.....	43
3.7	Gesamtrisikolage.....	45
4	Prognosebericht.....	46
4.1	Konjunkturentwicklung.....	46
4.2	Geschäftsentwicklung.....	48
4.3	Ergebnisprognose.....	48
4.4	Gesamtaussage.....	51

1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Stadtsparkasse Magdeburg

Die Stadtsparkasse Magdeburg, gegründet im Jahr 1823, ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und Mitglied im Ostdeutschen Sparkassenverband (OSV). Träger der Sparkasse ist die Stadt Magdeburg. Das Geschäftsgebiet umfasst den Raum der Landeshauptstadt Magdeburg. Als selbstständiges Wirtschaftsunternehmen bietet die Sparkasse zusammen mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe Finanzdienstleistungsprodukte für private und gewerbliche Kunden an. Als Teil der Sparkassenorganisation betreibt die Sparkasse im Sinne eines regional verankerten und kommunal gebundenen Kreditinstitutes Bankgeschäfte nach dem Kreditwesengesetz.

Im Hinblick auf die Markt- und Wettbewerbserfordernisse ist es die besondere, gesetzliche Aufgabe der Sparkasse im Geschäftsgebiet den Wettbewerb im Kreditgewerbe zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung der Bevölkerung, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Dieser öffentliche Auftrag wird zum 31.12.2016 mit einer Hauptstelle, 15 Geschäftsstellen, 10 Selbstbedienungszonen sowie 3 reinen Geldautomaten-Standorten in unserem Geschäftsgebiet erfüllt.

Die Kundeneinlagen dienen vorrangig der Finanzierung von Kundenkrediten. Soweit die Einlagen die Kundenkredite übersteigen, erfolgt die Anlage in Wertpapieren (Eigengeschäft). Aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse im Geschäftsgebiet macht das Eigengeschäft aktuell circa 50 Prozent der Bilanzsumme aus. Die Stadtsparkasse Magdeburg arbeitet nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, um nachhaltig stabile Erträge bei vertretbarem Risiko zu generieren. Erzielte Gewinne werden zum größten Teil zur Stärkung des Eigenkapitals verwendet.

Die Stadtsparkasse Magdeburg ist ein großer Arbeitgeber und Steuerzahler in der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts und leistet einen bedeutenden strukturellen und finanziellen Beitrag für Magdeburg. Darüber hinaus ist die Stadtsparkasse Magdeburg durch Spenden- und Sponsoringleistungen einer der bedeutendsten Förderer gemeinwohlorientierter Vorhaben.

Die Stadtsparkasse Magdeburg ist als Mitglied im OSV über dessen Sparkassenstützungsfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Durch dieses Sicherungssystem sind die Einlagen der Kunden – sowohl privater als auch gewerblicher Einleger – mittelbar in voller Höhe geschützt.

Maßgebliche rechtliche Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Sparkasse sind das Kreditwesengesetz, das Sparkassengesetz des Landes Sachsen-Anhalt, die Sparkassenverordnung sowie die Satzung der Stadtsparkasse Magdeburg.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Stadtsparkasse Magdeburg stützt ihre Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf Analysen der NORD/LB, Umfragen der Industrie- und Handelskammer Magdeburg sowie eigene Einschätzungen.

Die deutsche Wirtschaft hat den konjunkturellen Aufschwung fortgesetzt und ist mit einer höheren Dynamik ins Jahr 2016 gestartet. Im Jahresverlauf verlief die Entwicklung unbeständig. Insbesondere politische Entwicklungen wie der Volksentscheid zum Ausscheiden von Großbritannien aus der Europäischen Union und die Wahl des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika sorgten vorübergehend für Verunsicherung. Zum Jahresende hin gewann der Aufschwung wieder an Fahrt. Für das Gesamtjahr ergab sich vor diesem Hintergrund eine Erhöhung des realen Bruttoinlandsproduktes um 1,9 Prozent. Wesentliche Wachstumstützen waren der private und der öffentliche Konsum. Angetrieben vom konjunkturellen Aufschwung verbesserten sich auch die Arbeitsmarktdaten im Jahresvergleich. Gegenüber dem Vorjahr sank die Arbeitslosenquote in Deutschland von 6,1 Prozent auf 5,8 Prozent im Dezember 2016. Die Verbraucherpreise stiegen 2016 in Deutschland im Jahresdurchschnitt um 0,5 Prozent. Die Jahresteuerrate lag damit etwas höher als im Vorjahr (+ 0,3 Prozent).

Die Entwicklung der deutschen Gesamtwirtschaft wirkte sich positiv auf die Staatsfinanzen aus. So konnte die Bundesrepublik ihren Schuldenstand - gemessen am BIP - weiter reduzieren. Dieser Schuldenabbau ist jedoch nicht in allen Euro-Ländern zu beobachten. Vor allem in den südlichen Ländern ist eher eine gegenteilige Entwicklung zu verzeichnen, darunter auch in den für die Euro-Zone bedeutenden Volkswirtschaften Frankreich, Italien und Spanien.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) war 2016 weiterhin expansiv ausgelegt. Das monatliche Volumen des Anleihe-Ankaufprogrammes der EZB in Höhe von 80 Milliarden Euro pro Monat soll zunächst bis April 2017 fortgeführt und dann auf 60 Milliarden Euro pro Monat gesenkt werden. Daneben will die EZB auch die Regeln für ihre Anleihekäufe lockern und Anleihen erwerben, die auf Grund ihres Ratings bislang nicht gekauft werden konnten. Die EZB begründet ihr Ankaufprogramm und ihre Zinspolitik mit ihrem Inflationsziel von ca. 2,0 Prozent beziehungsweise der Verhinderung einer Deflation. Der Hauptrefinanzierungssatz der EZB wurde im März 2016 von 0,05 Prozent auf nunmehr 0,00 Prozent gesenkt. Zudem wurde der Zins für Einlagen der Banken von -0,30 Prozent auf -0,40 Prozent festgelegt. Die Renditen der 10-jährigen deutschen Staatsanleihen notieren nach ihren historischen Tiefstständen zur Mitte des Jahres am Jahresende 2016 wieder im leicht positiven Bereich. Durch die Fortsetzung der geldpolitischen Maßnahmen bewegt sich das Zinsniveau in der Eurozone in allen Laufzeitbereichen auf historisch niedrigem Niveau. So lag der Geldmarktsatz für den 3-Monats-EURIBOR im Dezember 2016 bei -0,32 Prozent. Die Rendite von Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen mit 10-jähriger Laufzeit notiert zum Jahresende mit 0,55 Prozent noch deutlicher unter 1 Prozent als zu Jahresbeginn. Die Entwicklung der EU-Länderspreads war in 2016 grundsätzlich von einer Seitwärtsentwicklung geprägt. Die Maßnahmen belasten die Ertragsituation der Banken, benachteiligen Sparer und erschweren die private Altersvorsorge.

In Sachsen-Anhalt zeigte sich die gewerbliche Wirtschaft in 2016 mit einem realen Wirtschaftswachstum von rund 1,2 Prozent erneut in guter Verfassung (Schätzungen der NORD/LB). Allerdings liegt diese Zunahme deutlich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Die 2015 begonnene Erholung setzte sich fort, insbesondere die Geschäftslage wurde von den Unternehmen positiv eingeschätzt. Bemerkenswert bleibt dabei weiterhin die Struktur der Aufwärtsbewegung: Sie basiert wie schon im Vorjahr auf konsumfreundlichen Rahmenbedingungen in Form niedriger Zinsen, einem niedrigen Ölpreis, stabiler Beschäftigung bei gleichzeitig steigenden Löhnen und geringer Inflation. Davon profitieren wiederum die konsumnahen Branchen. Das Handwerk blickt auf ein Rekordjahr 2016 zurück. Die staatlichen und die privaten Konsumausgaben und vor allem die anhaltend rege Wohnungsbautätigkeit beflügeln die Binnenkonjunktur und wirken sich auf die Geschäfte der Handwerksbetriebe positiv aus. Der industrielle Sektor hat sich nur unterdurchschnittlich entwickelt. Dazu hat laut Aussage des statistischen Landesamtes unter anderem der im Vergleich

zu 2015 niedrigere Ölpreis gesorgt, der die Umsatzzahlen der Mineralölindustrie gedrückt hat. Die Arbeitslosenquote hat sich im Jahresvergleich von 9,9 Prozent auf 9,0 Prozent verringert.

Wirtschaft in der Region Magdeburg

Dem konjunkturellen Aufschwung Deutschlands und Sachsen-Anhalts folgend, ist zu bemerken, dass sich der positive Trend auch auf Magdeburg übertragen hat. Dies spiegelt sich beispielweise in den Arbeitsmarktdaten Magdeburgs wider. Die Arbeitslosenquote verbesserte sich von 10,8 Prozent zum Jahresende 2015 analog der Entwicklung in Sachsen-Anhalt auf 9,7 Prozent im Dezember 2016. Die Tendenz beim Bevölkerungswachstum hat sich in Magdeburg auch 2016 fortgesetzt. Zum Jahresende ist die Einwohnerzahl auf über 240.000 angestiegen. Erfreulich ist dabei besonders der starke Geburtenanstieg. Darüber hinaus ist eine verstärkte Zuwanderung festzustellen, die auf die Attraktivität der Landeshauptstadt Magdeburg als Oberzentrum und als Universitätsstandort zurückzuführen ist. Von dieser Entwicklung profitieren neben der Wohnungswirtschaft und der Bauindustrie vor allem auch die konsumnahen Branchen unmittelbar. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den steigenden Preisen für Immobilien und Bauland wider. Insgesamt ist festzustellen, dass die Bedeutung des Oberzentrums Magdeburg weiter zunimmt.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das extrem niedrige Zinsniveau begrenzt weiterhin die Möglichkeit für Banken und Sparkassen, Erträge zu erwirtschaften. Hinzu kommen strengere Eigenkapitalvorschriften und höhere Liquiditätsanforderungen. Darüber hinaus ergeben sich Belastungen im Zuge weiterer Regulierungsanforderungen sowie aus der Bankenabgabe und der Harmonisierung der Einlagensicherung. Der zunehmende Grad der Digitalisierung bewirkt ein geändertes Kundenverhalten, dem sich die Institute durch Marktauftritt und Anpassung der Vertriebskanäle stellen müssen.

Der Bankenstandort Magdeburg ist durch eine hohe Wettbewerbsdichte geprägt. Die Geschäftsstellen behalten auch nach der Geschäftsstellenoptimierung eine zentrale Rolle bei der kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung. Mit einer Giromarktkennziffer, definiert als Anzahl Girokonten im Verhältnis zur Bevölkerung des Geschäftsgebietes, von 54,3 Prozent im

Jahr 2016 konnte die Stadtsparkasse Magdeburg ihre Marktführerschaft in diesem Segment weiter behaupten.

2.2 Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 wurde durch die Stadtsparkasse Magdeburg unter Beachtung des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Aufgrund einer erfreulichen Zunahme der ausgereichten Kredite haben sich die Forderungen an Kunden deutlich erhöht. Der hohe und nicht geplante Zuwachs an Kundeneinlagen hat jedoch dazu geführt, dass trotz des stark gestiegenen Kundenkreditvolumens der geplante Abbau des Eigengeschäftes nur bedingt gelungen ist. Unter Risikogesichtspunkten erfolgten die Wiederanlagen in Wertpapieren mit kurzen und mittleren Restlaufzeiten. Die Stadtsparkasse stellt mit Beginn des Jahres 2017 Geschäftskunden mit hohen Einlagen ein Verwahrtgelt für Beträge über 500 TEUR in Rechnung.

Der Rückgang des Zinsüberschusses, der absolut geringer ausfiel als geplant, konnte teilweise durch über dem Plan liegende Provisionserträge ausgeglichen werden.

2.2.1 Geschäftsvolumen und Bilanzsumme

Die Geschäftsentwicklung der Stadtsparkasse Magdeburg verlief für das Jahr 2016 zufriedenstellend. Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme, Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen nach Bewertung) erhöhte sich um 5,7 Prozent auf 2.443,9 Mio. Euro. Die Bilanzsumme stieg um 112,2 Mio. Euro auf 2.286,3 Mio. Euro. Die gegenüber der Planung um 6,1 Prozent höhere Bilanzsumme ist vornehmlich durch über dem Plan liegende Kundeneinlagen und Kundenkredite bedingt.

Wesentliche Positionen	31.12.2015	31.12.2016	Veränderung	
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Prozent
Geschäftsvolumen	2.312,2	2.443,9	131,7	5,7
Bilanzsumme	2.174,1	2.286,3	112,2	5,2
Kundenkreditvolumen	857,9	1.020,4	162,5	18,9
Eigenanlagen	1.116,2	1.097,8	-18,4	-1,6
Kundeneinlagen	1.939,2	2.035,7	96,5	5,0

2.2.2 Aktivgeschäft

Kreditgeschäft

Das Kundenkreditvolumen ist im Vergleich zum Vorjahr signifikant angestiegen. Die dynamische Bestandsentwicklung resultiert aus dem Wachstum bei den Unternehmenskrediten – hier insbesondere im Schuldscheindarlehensgeschäft – und den Kreditgewährungen an Selbständige sowie Privatpersonen gleichermaßen. Wachstumstreiber war dabei insbesondere die Nachfrage nach Immobilienkrediten. Daneben konnte das Kommunalkreditgeschäft signifikant ausgebaut werden.

Das angestrebte Wachstum wurde deutlich übertroffen. Der Bestand hat sich um 162,5 Mio. Euro auf 1.020,4 Mio. Euro erhöht. Dabei wurden die Ansprüche an die Risikoqualität, wie sie in der Risikostrategie fixiert sind, beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich um 43,3 Mio. Euro auf 41,1 Mio. Euro verringert. Diese Bilanzpositionen korrespondiert im Wesentlichen mit der Bestandsentwicklung der Einlagen institutioneller Kunden.

Eigenanlagen in Wertpapieren

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde im Vergleich zum Vorjahr um 60,8 Mio. Euro auf 774,7 Mio. Euro reduziert. Die Position „Aktien und andere nichtfestverzinsliche Wertpapiere“ stieg auf 323,1 Mio. Euro und verzeichnete somit einen Zuwachs von 42,5 Mio. Euro. Dabei handelt es sich um Zuwächse in einen im Aufbau befindlichen Immobilienspezialfonds sowie eine Erhöhung des Spezialfonds A-BUGA.

Der Bestand an festverzinslichen Wertpapieren setzt sich überwiegend aus Wertpapieren mit guten Bonitäten zusammen. Teile des Wertpapierbestandes werden in mehreren Spezialfonds, die unterschiedlichen Anlagerichtlinien unterliegen, verwaltet. Mit dem fremdverwalteten Vermögen soll eine nachhaltige Wertentwicklung über verschiedene Assetklassen bei möglichst breiter Diversifizierung erreicht werden.

Zum Bilanzstichtag waren insgesamt 550,5 Mio. Euro dem Anlagevermögen, das nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet wird, zugeordnet. Dies entspricht 50,1 Prozent der Eigenanlagen. Für den Berichtstichtag wirkte sich die Bewertung zum gemilderten Niederstwertprinzip für einen Bestand von 6,5 Mio. Euro aus.

Auch in Zeiten niedriger Marktzinsen hat die Sparkasse das Ziel, im Geschäftsbereich Treasury einen angemessenen Ergebnisbeitrag zu erwirtschaften. Bei den Anlageentscheidungen werden die regulatorischen und materiellen Anforderungen an die Liquiditätsausstattung zu beachten.

Beteiligungen und Sonstige Vermögensgegenstände

Im Beteiligungsportfolio sowie bei den sonstigen Vermögensgegenständen sind erwartungsgemäß keine nennenswerten Veränderungen des Bestandes zu verzeichnen. Allerdings ergab sich für zwei indirekte Beteiligungen ein erhebliches Bewertungserfordernis.

2.2.3 Passivgeschäft

Einlagengeschäft

Der Gesamtbestand der bilanzwirksamen Kundeneinlagen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahreswert um 96,5 Mio. Euro auf 2.035,7 Mio. Euro. Geplant waren hier konstante Bestände. Aufgrund der historisch niedrigen Zinsen fragten unsere Kunden vor allem Anlagen mit kurzfristigen Verfügungsmöglichkeiten nach. Die breite Streuung des Mittelaufkommens auf viele Kunden zeigt, dass die Sparkasse ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung genießt.

	2015	2016	Veränderung	
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Prozent
Kundeneinlagen nach Produkten				
Sichteinlagen	1.088,9	1.200,4	111,5	10,2
Spareinlagen	841,0	829,1	-11,9	-1,4
Sparkassenbrief	6,6	4,4	-2,2	-33,3
befristete Einlagen	2,7	1,8	-0,9	-33,3
Gesamt	1.939,2	2.035,7	96,5	5,0

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um 1,9 Mio. EUR auf 37,7 Mio. EUR erhöht. Die Bestandsentwicklung resultiert aus einem Anstieg der Weiterleitungsmittel.

Kundenwertpapiere und Verbundgeschäft

Aus der Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern, insbesondere der DekaBank, den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt (ÖSA), der Ostdeutschen Landesbausparkasse AG sowie den Landesbanken ergeben sich wesentliche Vertriebsimpulse. Dennoch blieb das Provisionsergebnis aus dem Verbundgeschäft hinter den Erwartungen zurück. Das Versicherungsgeschäft konnte nicht wie geplant ausgebaut werden. Hier spiegeln sich insbesondere die Folgen aus dem Lebensversicherungsreformgesetz wider. Vor dem Hintergrund der Niedrigzinspolitik der EZB war verstärkt festzustellen, dass Kunden nach Alternativen für ihre Vermögensanlage suchten. Aufgrund einer geringen Risiko-Neigung bevorzugten die Kunden insgesamt konservative Geldanlagen. Die Nachfrage bei Wertpapieranlagen konzentriert sich auf Immobilien- und Investmentfonds mit geringem Risiko. Die stetig weiterqualifizierten Anlageberater entwickeln gemeinsam mit dem Kunden dessen Risikoneigung entsprechende Strategien, um Kapitalmarktchancen besser zu nutzen. Diese Beratung wird von den Kunden gut angenommen und schlägt sich im Fondsabsatz nieder. So konnte 2016 ein positiver Nettoabsatz bei Fonds der Deka, der Fondsgesellschaft der Sparkassen, erzielt werden.

Die Steigerung in den Depotbeständen entsprach im Wesentlichen unseren Planungen. Trotzdem erfolgt die Ersparnisbildung unserer Kunden überwiegend in den klassischen Spar- und Giroprodukten.

2.2.4 Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung haben sich nicht ergeben.

2.3 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.3.1 Ertragslage

Mit der Ertragslage des Geschäftsjahres 2016 ist die Stadtparkasse Magdeburg zufrieden. Der Zinsüberschuss verringerte sich, da die Entscheidung getroffen wurde, keine negativen Zinsen im Passivgeschäft zu erheben und

somit die weiter rückläufige Entwicklung der Marktzinsen nicht im vollen Umfang an die Sparer weitergegeben wurde. Aufgrund von Sondereffekten (Bereitstellungszinsen Darlehen, Aufhebungsentgelt laufende Darlehen, Auflösung von Rückstellungen für Spareinlagen mit vereinbartem Zinsanstieg) war dieser Rückgang jedoch niedriger als geplant. Der Provisionsüberschuss konnte deutlich gesteigert werden. Der Verwaltungsaufwand hat sich leicht reduziert.

Ertragskomponenten	2015	2016	Veränderung	
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Prozent
Zinsüberschuss	45,8	43,2	-2,6	-5,7
Provisionsüberschuss	13,8	16,0	2,2	+15,9
Verwaltungsaufwand	39,3	38,5	-0,8	-2,0
Personalaufwand	25,9	25,6	-0,3	-1,2
Sachaufwand	13,4	13,0	-0,4	-3,0
Betriebsergebnis vor Bewertung	20,5	20,8	0,3	1,5

Das Bewertungsergebnis fällt merklich schlechter aus als geplant, was auf erhebliche Bewertungserfordernisse auf zwei indirekte Beteiligung zurückzuführen ist.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme) beträgt 0,08 Prozent.

Die Analyse der Ertragslage erfolgt vollständig auf der Grundlage des sogenannten Sparkassen-Betriebsvergleichs, der als Benchmark-System der Sparkassenorganisation dient.

Zur Ergebnisentwicklung des Jahres 2016 im Einzelnen

Der **Zinsüberschuss** ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich dieser von 45,8 Mio. Euro auf 43,2 Mio. Euro reduziert. Unser Planansatz von 42,3 Mio. Euro konnte um 0,9 Mio. Euro übertroffen werden. Obwohl die Margenerträge aus dem Kundenkreditgeschäft über den Erwartungen lagen, ergab sich durch die Auswirkung des deutlich gesunkenen Zinsniveaus auf die Durchschnittsverzinsung der Eigenanlagen ein Rückgang der Zinserträge. Im Einlagengeschäft haben sich die Margen durchgängig verschlechtert. Im Kundengeschäft konnte die Zinsentwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten nur noch in einem sehr geringen Umfang weitergegeben werden. Insgesamt sind die Zinserträge deutlich stärker gesunken als die Zinsaufwendungen.

Der **Provisionsüberschuss** belief sich auf 16,0 Mio. Euro und hat sich gegenüber dem Vorjahr (13,8 Mio. Euro) nennenswert erhöht. Der Ergebnisbeitrag aus den Provisionen liegt damit 1,4 Mio. Euro über den geplanten Werten. Das Wertpapiergeschäft konnte zur Stabilisierung des Provisionsüberschusses beitragen, blieb jedoch genau wie die Erträge aus der Vermittlung von Versicherungsverträgen unter unseren Erwartungen. Eine weitere wesentliche Ertragsquelle sind die Provisionen aus Zahlungsverkehrsdienstleistungen. Neue Giropreismodelle bewirkten eine deutlich über den Erwartungen liegende Steigerung der Provisionseinnahmen aus dieser Dienstleistung.

Der **Verwaltungsaufwand** der Stadtsparkasse Magdeburg ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Mio. Euro auf 38,5 Mio. Euro zurückgegangen und liegt damit insgesamt um 1,1 Mio. Euro unter der Planungsannahme für 2016. Die Personalkosten reduzieren sich um 0,3 Mio. Euro auf 25,6 Mio. Euro und blieben damit leicht über den budgetierten Werten.

Der **Sachaufwand** konnte gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. Euro auf 13,0 Mio. Euro reduziert werden. Hierzu trugen insbesondere Einsparungen aus einem Projekt zur Optimierung des Geschäftsstellennetzes bei. Die für 2016 budgetierten Werte beinhalteten Puffer, die dank eines kostenbewussten Ausgabeverhaltens nicht in Anspruch genommen wurden. Der Planwert wurde deutlich unterschritten.

Das **Betriebsergebnis vor Bewertung** war gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant und belief sich auf 20,8 Mio. Euro. Es lag um 2,5 Mio. Euro über der Planannahme, weil sich die Zinsüberschussentwicklung sowie die Entwicklung des Provisionsergebnisses positiv auswirkten. Hinzu kommen Reduzierungen im Sachaufwand.

Das **Bewertungsergebnis** im Kundenkreditgeschäft hat sich aufgrund der relativ günstigen konjunkturellen Entwicklung, insbesondere auch eines stabilen Immobilienmarktes, deutlich besser entwickelt als geplant. Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft fiel vor dem Hintergrund der Zinsentwicklung ebenfalls deutlich besser als prognostiziert aus. Bewertungserfordernisse auf indirekte Beteiligungen, die nicht geplant waren, belasten jedoch das ansonsten gute Bewertungsergebnis merklich.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB konnte auch in 2016 signifikant dotiert werden.

Das *neutrale Ergebnis* beinhaltet ausschließlich Positionen, die dem *ordentlichen Ergebnis* nicht zuordenbar sind.

Das *Ergebnis vor Steuern* hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mio. Euro auf 9,2 Mio. Euro reduziert und macht 0,41 Prozent der DBS aus.

Da nicht alle Aufwendungen im Jahr 2016 steuerlich berücksichtigt werden können, ergibt sich eine vergleichsweise hohe Steuerlast. Nach Verrechnung aller Ertrags- und Aufwandspositionen verbleibt ein zufriedenstellender Jahresüberschuss von 1,8 Mio. Euro. Gegenüber dem Vorjahr ist er um 0,6 Mio. Euro gesunken.

Über die Verwendung des Jahresüberschusses erfolgt eine Beschlussfassung durch den Verwaltungsrat.

2.3.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Magdeburg war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die bewährten Steuerungsinstrumente stellen eine laufende Überwachung und Disposition der Liquidität sicher. Zur Erfüllung der Mindestreserveverpflichtungen gegenüber der Europäischen Zentralbank wurden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Von der Möglichkeit, sich bei der Deutschen Bundesbank über Offenmarktgeschäfte zu refinanzieren, machte die Stadtsparkasse Magdeburg im Jahr 2016 keinen Gebrauch.

Um kurzfristige Liquiditätsschwankungen auszugleichen, erfolgten Refinanzierungsgeschäfte am Geldmarkt. Zur Vermeidung von unerwarteten Liquiditätsengpässen kann stichtagsbezogen zusätzlich auf einen Bestand an frei verfügbaren und hochliquiden Wertpapieren zurückgegriffen werden. Daneben verfügt die Sparkasse über eine angemessene Kreditlinie bei der Norddeutschen Landesbank.

Die Finanzlage der Stadtsparkasse Magdeburg ist geordnet. Beeinträchtigungen sind für die Zukunft nicht zu erwarten.

Bezüglich der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Kennzahlen und der Steuerung der Liquiditätslage wird auf den Risikobericht (Abschnitt 3.4.3) verwiesen.

2.3.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Stadtsparkasse Magdeburg ist durch wachsende Kundenforderungen, leicht gesunkene Depot-A Bestände und höhere Kundenverbindlichkeiten gekennzeichnet. Durch den Ausbau des Kundenkreditgeschäftes erhöhte sich der Anteil des Kundenkreditvolumens am Geschäftsvolumen zu Lasten des Wertpapiervermögens.

	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in % des Geschäftsvolumens	
Kundenkreditvolumen	857,9	1.020,4	37,1	41,8
Forderungen an Kreditinstitute	84,4	41,1	3,7	1,7
Wertpapiervermögen	1.116,2	1.097,8	48,3	44,9
Sachanlagen	22,2	20,8	1,0	0,9
Sonstige Vermögensgegenstände	1,9	0,8	0,1	0,0
Mittelaufkommen von Kunden	1.939,2	2.035,7	83,9	83,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35,8	37,7	1,5	1,5
Sonst. Passivposten (einschließlich Eventualverbindlichkeiten, Fonds für allgemeine Bankrisiken und Rückstel- lungen)	126,8	150,7	5,5	6,2
Eigenkapital	101,9	102,8	4,4	4,2

Mit 48,0 Prozent der Bilanzsumme nehmen die eigenen Wertpapiere (inklusive Spezialfonds) weiterhin die bedeutendste Position ein. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Struktur der Aktivseite weiter zu Gunsten der Forderungen an Kunden verschoben, welche 44,6 Prozent der Bilanzsumme betragen.

Auf der Passivseite stellt der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 89,0 Prozent der Bilanzsumme unverändert den Hauptposten dar. Die Kunden bevorzugten bei ihren Anlageentscheidungen weiterhin vorwiegend Produkte mit kurzfristiger Laufzeit und variablen Zinsen. Trotz extrem niedriger Zinsen hielt der Mittelzufluss in 2016 unvermindert an.

Die Bewertung der Wertpapiere der Liquiditätsreserve erfolgte zum strengen Niederstwertprinzip; die Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu den Anschaffungskosten beziehungsweise zu den fortgeführten Buchwerten angesetzt. Den bestehenden bilanziellen Risiken im Kreditgeschäft wurde durch Wertberichtigungen und Rückstellungen in ausreichendem Maße Rechnung getragen.

Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird nach der CRR/CRD IV ermittelt. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden im gesamten Jahresablauf jederzeit eingehalten. Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 wurde die gesetzlich geforderte Gesamtkapitalquote nach CRR von 8,625 Prozent der risikogewichteten Aktiva mit 17,1 Prozent deutlich überschritten. Mit einer Kernkapitalquote von 17,1 Prozent erfüllt die Sparkasse die geltenden qualitativen Eigenmittelanforderungen. Die Eigenmittel belaufen sich per Stichtag auf 182,2 Mio. Euro.

In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere dem Wertpapierbestand, sind stille Reserven enthalten. Außerdem wurde gemäß § 340f HGB zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute zusätzlich Vorsorge getroffen. Daneben verfügt die Sparkasse über Reserven nach § 26a KWG (a. F.). Der für allgemeine Bankrisiken gebildete Fonds nach § 340g HGB wird sich nach einer erneuten Zuführung zum Ende des Geschäftsjahres auf 88,0 Mio. Euro erhöhen.

Darüber hinaus bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten ergeben. Im Einzelnen wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

2.4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

2.4.1 Personal- und Sozialbereich

Die Stadtsparkasse Magdeburg hat zum 31.12.2016 insgesamt 433 Beschäftigte. Der Personalabbau gegenüber dem Vorjahr ergab sich vor allem aus dem Auslaufen von zeitlich befristeten Arbeitsverträgen und aus natürlicher Fluktuation beziehungsweise dem Erreichen der Altersgrenze. Die Ausbildungsquote sank im Jahr 2016 marginal von 3,8 Prozent auf 3,7 Prozent. Um den prognostizierten geringeren Personalbedarf sozialverträglich umzusetzen, wurden im Jahr 2016 sieben neue Altersteilzeitverträge geschlossen.

Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt nach den Regelungen des TVöD-S. Die Eingruppierung der Stellen wurde in einem Projekt unter Beteiligung von Arbeitnehmervertretern überprüft und bei Bedarf angepasst.

Im Berichtsjahr wurde ein Projekt abgeschlossen, das einerseits einen effizienten Personaleinsatz und andererseits eine qualitativ und quantitativ bessere Personalplanung ermöglicht. Die im Projekt gewonnenen Ergebnisse wurden bei der jährlichen Überprüfung der Geschäftsstrategie eingearbeitet.

2.4.2 Kundenbeziehungen

Die Kunden stehen für die Sparkasse Magdeburg im Vordergrund und daher richten sich die internen Maßstäbe konsequent an den Bedürfnissen, Erwartungen und Wünschen der Kunden aus. Für die Sparkasse hängt der wirtschaftliche Erfolg in den kommenden Jahren wesentlich davon ab, ob es gelingt, vorhandene Potenziale stärker zu nutzen. Die Fortsetzung eines Projektes zur Kundensegmentierung nach aktualisierten Kriterien schuf im Berichtsjahr verbesserte Grundlagen, um Kundenbedürfnisse frühzeitig zu erkennen und in Angebote umzusetzen. Eine kundenorientierte Geschäftsplanung und ein auf fixen Bestandteilen beruhendes Vergütungssystem sorgen dafür, dass keine unangemessenen Leistungsanreize den Interessen unserer Kunden entgegenstehen. Generell steht dem Kunden in Verbindung mit den Leistungsangeboten der Verbundpartner das komplette Angebot an Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Grundlage für einen systematischen, das heißt bedarfs- und potenzialorientierten Vertrieb bildet eine Kundensegmentierung. In dieser werden Kundenbedürfnisse, abgeleitet aus Einkommen, Vermögen und Alter des Kunden, in klar abgegrenzten Kundensegmenten gebündelt. Basierend auf der Kundensegmentierung wird ein differenziertes Betreuungskonzept angewendet, nachdem die Betreuung in Abhängigkeit des jeweiligen Kundensegmentes entweder stark standardisiert (Standardkunden, Potenzial-Standardkunden) oder ganzheitlich (Privat- und Individualkunden) erfolgt.

2.4.3 Soziales Engagement und Umweltverträglichkeit

Mit Spenden und durch Sponsoring fördert die Sparkasse die wirtschaftliche Entwicklung und Attraktivität der Region. Aus dem Jahresüberschuss 2015 wurde ein Betrag in Höhe von 1,0 Mio. Euro (netto) ausgeschüttet, der laut Sparkassengesetz für gemeinnützige Zwecke zu verwenden ist. Es wurden soziale Einrichtungen unterstützt sowie das kulturelle und sportliche Leben gefördert. Der sozialen Verantwortung wird die Sparkasse auch durch den fürsorglichen Umgang mit ihren Mitarbeitern gerecht. Dabei steht der faire Umgang mit deren Bedürfnissen im Fokus. Dies ist Bestandteil des Unternehmensleitbildes und der Führungsgrundsätze und wird an allen Standorten im Geschäftsgebiet umgesetzt. Darüber hinaus weist sich die Sparkasse mit der Zertifizierung „Familie und Beruf“ als Unternehmen aus, das die familiären Belange der Mitarbeiter in seiner Geschäftspolitik

berücksichtigt. Das betriebliche Gesundheitsmanagement unterstützt eine gesundheitsbewusste Verhaltensweise der Mitarbeiter.

Neben der sozialen Verantwortung sieht sich die Sparkasse auch der Umwelt verpflichtet. Die Umweltverträglichkeit durch geeignete Maßnahmen kontinuierlich zu verbessern und den Verbrauch natürlicher Ressourcen stetig zu senken, sind zentrale Anliegen der Sparkasse. Dazu gehört, mit dem Einsatz moderner Technologien an allen Standorten den Anforderungen des Umweltschutzes gerecht zu werden und das Umweltbewusstsein der Mitarbeiter zu fördern.

2.5 Gesamtaussage und Beurteilung

Aufgrund der intensiven Marktbearbeitung wurde die Position als Marktführer in den traditionellen Geschäftsfeldern erfolgreich behauptet. Im Jahr 2016 ist es trotz zunehmend schwieriger Rahmenbedingungen erneut gelungen, eine insgesamt zufriedenstellende Geschäftsentwicklung zu erreichen.

Die geschäftliche Entwicklung, die Vermögens- und Finanzlage sowie die Entwicklung der Ertragslage können unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Entwicklung als befriedigend bezeichnet werden. Eine erneute deutliche Steigerung beim Mittelaufkommen von Kunden (+ 96,5 Mio. Euro) und im Kundenkreditvolumen (+ 162,5 Mio. Euro) spiegeln das Vertrauen der Kunden und die Wettbewerbsfähigkeit der Sparkasse wider und bestätigen so die Geschäftspolitik. Dem in Folge der Niedrigzinsphase gesunkenen Zinsüberschuss steht ein steigender Provisionsüberschuss gegenüber. Die Verwaltungsaufwendungen konnten leicht reduziert werden. Wertkorrekturen bei den Kundenforderungen und indirekten Beteiligungen sowie Zuschreibungen bei den Wertpapieranlagen führten zum Ergebnis vor Steuern in Höhe von 9,2 Mio. Euro. Damit wurden die Planungen des Vorstandes deutlich übertroffen. Unter Berücksichtigung der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB und der Steuern ergibt sich ein Jahresüberschuss von 1,8 Mio. Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Interesse einer kontinuierlichen Ausschüttung und zur Substanzerhaltung im Fonds nicht alle Zinserträge, die in den Spezialfonds anfielen, ausgeschüttet wurden. Gleichwohl sind diese Erträge zum größten Teil in die Besteuerung eingeflossen.

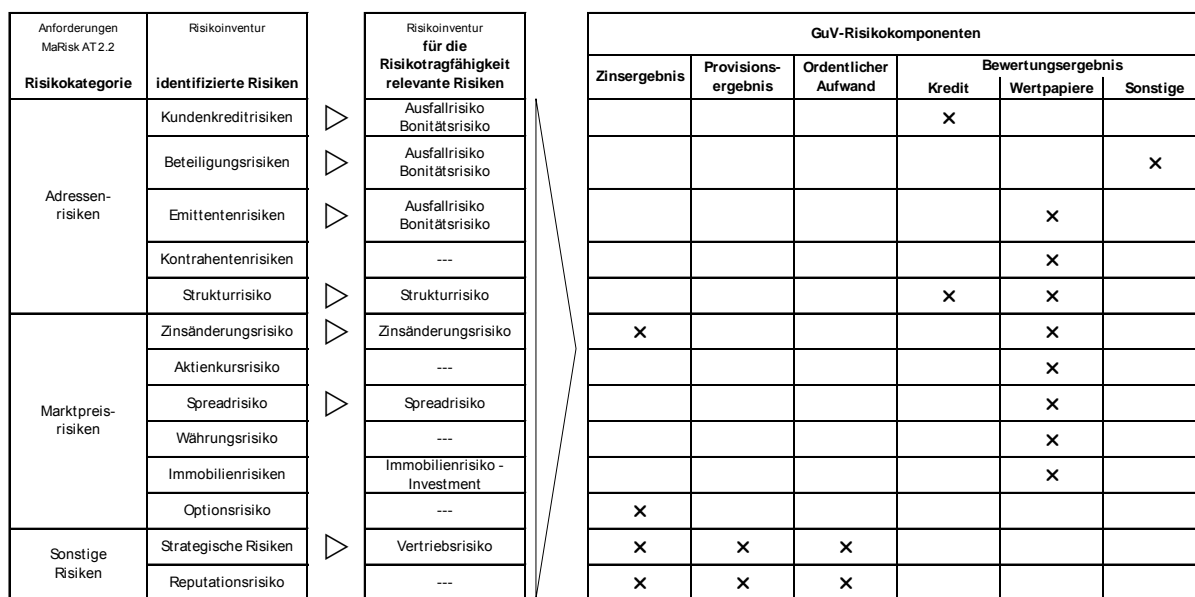
3 Risikobericht

3.1 Rahmenbedingungen

Das gezielte Eingehen von Risiken ist Kernbestandteil des Bankgeschäftes. Die Fähigkeit, diese Risiken umfassend zu messen, zu überwachen und zu steuern, ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Mit der Einrichtung eines Risikomanagementsystems verfolgt die Stadtsparkasse Magdeburg das Ziel, die Optimierung des Erfolgs unter dauernder Berücksichtigung der eingegangenen Risiken zu erreichen.

3.2 Risikomanagementsystem

Das Risikomanagement umfasst die Festlegung von angemessenen Strategien, Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit sowie die Einrichtung angemessener interner Kontrollverfahren. Als unterstützende Elemente der Risikomanagementorganisation dienen das Risiko-früherkennungssystem und das Risikocontrollingsystem. Für alle Prozesse des Risikomanagements sind aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen sowie entsprechende Notfall- und Wiederanlaufpläne vorhanden. Die nachfolgende Abbildung zeigt, inwieweit die für die Stadtsparkasse Magdeburg wesentlichen Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt werden. Dabei werden die identifizierten Risiken einzelnen Bestandteilen bzw. Komponenten der GuV zugeordnet.



Zuordnung der wesentlichen Risiken auf die GuV-Risikokomponenten der Risikotragfähigkeitsbetrachtung (Stand der Risikoinventur: Mai 2016)

Für das Liquiditätsrisiko erfolgt keine Zuordnung zu einer GuV-Risikokomponente, sondern eine separate Würdigung und Betrachtung auf Grundlage der Zahlungsbilanz. Operationelle Risiken werden ebenfalls keiner einzelnen GuV-Risikokomponente zugeordnet, da sie in allen Aufwands- und Ertragspositionen wirksam werden können. Ihnen wird übergreifend Risikodeckungspotenzial zugewiesen.

Die Stadtsparkasse Magdeburg steuert ihre Risiken auf der Grundlage der vom Vorstand mindestens einmal jährlich überprüften Strategien, die mit dem Verwaltungsrat erörtert werden. Die Einhaltung der strategischen Vorgaben wird regelmäßig überwacht.

Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien der Geschäftspolitik der Sparkasse und erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss, den Vorstand und die Innenrevision und überwacht deren Tätigkeit. Über die Risikosituation der Sparkasse wird er durch den Vorstand vierteljährlich anhand eines Risikoberichts informiert.

Die Stadtsparkasse Magdeburg hat ein Risikomanagement installiert, das der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken dient. Die risikorelevanten Steuerungsinformationen bilden die Grundlage für operative und strategische Geschäftsentscheidungen. Eine klare Aufgabenteilung und ein enges Zusammenspiel zwischen den beteiligten Geschäftsbereichen der Sparkasse ermöglichen eine effiziente Umsetzung der risikopolitischen Steuerungsimpulse.

Die für die Überwachung und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion obliegt der Abteilungsleitung Unternehmenssteuerung, unterstellt ist sie dem Überwachungsvorstand.

Eine eigenständige Compliance-Funktion wurde mit dem Ziel eingerichtet, Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken.

Die Sparkasse hält bezüglich ihrer Strategien und der implementierten Prozesse die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ein. Um den Anforderungen sich ständig verändernder Rahmenbedingungen zu begegnen, werden Strategien, Konzepte, Verfahren, Instrumente und aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen stetig angepasst.

Das Risikomanagement der Stadtparkasse Magdeburg erfüllt die gesetzlichen und sparkassenrechtlichen Bestimmungen. Es umfasst sowohl alle Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsprozesse der Stadtparkasse Magdeburg, als auch Dienstleistungen, die von Dritten bezogen werden, sofern letztere von den Regelungen des § 25b KWG (Outsourcing) erfasst sind. Ferner sind Personal, Anlagen, Sach- und Organisationsmittel sowie Rechtsbeziehungen der Stadtparkasse Magdeburg einbezogen.

Ein wesentliches Instrument für die strategische Steuerung bildet die jährliche Mittelfristplanung. In diesem Kontext werden durch den Vorstand rendite- und risikoorientierte Zielgrößen fixiert und Ergebnisverantwortlichkeiten festgelegt. Dabei werden stets Zielgrößen definiert, die den Ergebnisbeitrag nach Abzug von Risiko-, Personal-, Sach- und Kapitalkosten abbilden. Die operationalisierten Kennzahlen werden durch den Vorstand regelmäßig überwacht. Im Sinne des Kapitalplanungsprozesses können so Abweichungen von der Geschäftsplanung frühzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Auf der Grundlage einer Risikoinventur werden die wesentlichen Risiken ermittelt. Die turnusmäßige Überprüfung des Gesamtrisikoprofils im Rahmen der Risikoinventur 2016 ergab keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

Die MaRisk fordern im Rahmen der Ableitung des Risikoprofils die Berücksichtigung von Risikokonzentrationen. Soweit sie wesentliche Risiken betreffen, wurden Risikokonzentrationen für Adressen-, Marktpreis-, Operationelle und Sonstige Risiken, im Speziellen das Vertriebsrisiko, ermittelt.

Die Grundzüge des Steuerungs- und Überwachungssystems, die identifizierten Risikoarten sowie die eingesetzten Instrumente werden im Risikohandbuch der Stadtparkasse Magdeburg dokumentiert. Es enthält darüber hinaus die Zuständigkeiten und den Turnus der Berichterstattung an den Vorstand beziehungsweise die Entscheidungsträger.

Bei Aktivitäten in neuen Produkten oder neuen Märkten werden angemessene Analysen hinsichtlich organisatorischer Umsetzbarkeit, rechtlicher Konsequenzen und des Risikogehaltes durchgeführt. Als besondere Aktivitäten des Geschäftsjahres sind, bezogen auf das Risikomanagement, die

Einführung von Verwahrenentgelten und das Investment in einem Aktien-ETF (jeweils abgeschlossen in 2016) zu nennen.

3.3 Risikotragfähigkeit

3.3.1 Risikotragfähigkeitskonzeption

Das Risikotragfähigkeitskonzept der Stadtsparkasse Magdeburg legt einen GuV-/handelsrechtlich orientierten Steuerungskreis (periodische Sichtweise) zugrunde und verfolgt einen Going-Concern-Ansatz, wonach sichergestellt ist, dass auch bei Verlust des zur Risikoabdeckung eingesetzten Risikodeckungspotenzials die Mindestkapitalanforderungen gemäß CRR erfüllt werden können. Es wird kein wertorientierter Ansatz angewendet.

Als GuV-Risiko wird eine negative Abweichung vom Erwartungswert definiert. Die Risikotragfähigkeit wird periodenübergreifend für den Risikohorizont rollierend 1 Jahr abgesichert, wobei das Konfidenzniveau 95,0 Prozent beträgt. Für die Stresstests erfolgt die Risikomessung ebenfalls in der Risikosicht rollierend 1 Jahr, wobei strengere Parameter angewendet werden.

Um die Einhaltung der Risikotragfähigkeit sicherzustellen, werden die GuV-Risiken durch ein Limitsystem wirkungsvoll beschränkt. Der Vorstand legt im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses jeweils zum Ende eines laufenden Jahres für das folgende Geschäftsjahr fest, welcher Teilbetrag vom maximal vorhandenen Risikodeckungspotenzial zur Abdeckung des Gesamtbanklimits und damit der wesentlichen anzurechnenden Risiken bereitgestellt werden soll. Das maximal zur Verfügung stehende periodische Risikodeckungspotenzial setzt sich zusammen aus dem geplanten Jahresergebnis, den Vorsorgereserven nach §340f HGB sowie dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (Vorsorgereserven nach §340g HGB). Zudem können die nicht zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen vorhandenen Teile der Sicherheitsrücklage eingesetzt werden.

Im Rahmen der vierteljährlich durchzuführenden Risikotragfähigkeitsberechnung gleicht die Sparkasse das zur Risikoabdeckung bereitgestellte Risikodeckungspotenzial mit den eingegangenen Risiken ab und stellt die Auslastung des Gesamtbanklimits sowie der Teillimite dar. Dabei stellen die installierten Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben

ist. Es sind Verfahren der Ad-hoc-Berichterstattung bei Ereignissen mit wesentlicher Bedeutung implementiert.

Gemäß MaRisk ist ein Prozess zur Planung sowohl des aufsichtsrechtlichen als auch des internen zukünftigen Kapitalbedarfs einzurichten. Der Planungshorizont muss einen angemessen langen, mehrjährigen Zeitraum umfassen. Die Stadtsparkasse Magdeburg hat die Kapitalplanung bis zum Jahr 2021 simuliert. Dabei wurden diverse Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung sowie den künftigen Kapitalbedarf getroffen, wie z. B. rückläufige Betriebsergebnisse aufgrund einer anhaltenden Niedrigzinsphase, steigende Risikoaktiva sowie zukünftig einzuhaltende Mindest-Eigenkapitalquoten. Auf Basis des Real-Case-Szenarios ist die Risikotragfähigkeit im Going Concern-Ansatz gegeben.

3.3.2 Gesamtbild der Risikotragfähigkeit

Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich das Gesamtbankrisiko deutlich. Dies liegt insbesondere am Rückgang des Risikomessergebnisses für das Marktpreisrisikos, der zum einen auf eine Veränderung der Risikomessmethodik im Berichtsjahr und zum anderen auf den tatsächlichen Abbau von Risiken zurückzuführen ist. Für die Adressenausfallrisiken resultieren leicht gesunkene Risikowerte, wobei sich die Risikostruktur im Kundenkreditgeschäft weiterhin verbessert hat und Parameteraktualisierungen risikomindernd wirken. Das Beteiligungsrisiko hat sich im Berichtsjahr aufgrund sich abzeichnender und nicht geplanter Neubewertungen von zwei indirekten Beteiligungen erhöht. Während des gesamten Geschäftsjahres 2016 trat keine Limitüberschreitung für das Gesamtbanklimit auf.

Zum Jahresende waren 76,7 Prozent des Risikodeckungspotenzials als Risikokapital zur Abdeckung des Gesamtbanklimits in Höhe von 82,5 Mio. Euro gebunden. Das für den Risikofall bereitgestellte Risikodeckungspotenzial hat im Berichtsjahr stets deutlich ausgereicht, um das Gesamtbanklimit abzudecken. Das Gesamtbankrisiko in Höhe von 54,0 Mio. Euro bestand zum Stichtag zu 8,8 Prozent aus dem Zinsergebnis, zu 8,0 Prozent aus dem Bewertungsergebnis Kreditgeschäft, zu 69,7 Prozent aus dem Bewertungsergebnis Wertpapiere, zu 8,0 Prozent aus dem Bewertungsergebnis Sonstige und zu 5,5 Prozent aus weiteren Risiken. In 2016 gab es im Zusammenhang mit der Risikotragfähigkeit keinen Anlass zu einer Ad-hoc-Berichterstattung.

Der Anstieg der Auslastung des Risikodeckungspotenzials im Jahresvergleich resultiert bei einem Anstieg des Risikodeckungspotenzials aus gestiegenen Anforderungen zum gebundenen Kapital. Gegenüber dem Vorjahr werden SREP-Aufschläge berücksichtigt, die gemäß der Allgemeinverfügung der BaFin angesetzt wurden. Der Anstieg des Risikodeckungspotenzials gegenüber dem Vorjahr ist auf die Thesaurierung des nach Ausschüttung verbleibenden Bilanzgewinns 2015 und die Zuführung zu den Vorsorgereserven gemäß § 340g HGB und 340f HGB zurückzuführen. Mit Feststellung des Jahresabschlusses 2016 wird sich eine weitere Erhöhung des Risikodeckungspotenzials ergeben.

Neben der ökonomischen Risikotragfähigkeit werden die regulatorischen Anforderungen zur Solvabilität (vergleiche Abschnitt 2.3.3) und zur Liquidität (vergleiche Abschnitt 3.4.3) eingehalten.

Die Analysen des Gesamtrisikos der Stadtsparkasse Magdeburg zeigen sowohl aus ökonomischer als auch aus aufsichtsrechtlicher Sicht eine Überdeckung der eingegangenen Risikopositionen mit vorhandenen Vermögenswerten.

3.4 Risikokategorien

3.4.1 Adressausfallrisiken/Adressenrisiken

Adressenrisiken beinhalten die Gefahr, dass sich zum einen die Güte und Qualität des Vertragspartners (negativ) verändert und zum anderen, dass vertraglich zugesicherte Leistungen von Vertragspartnern teilweise oder vollständig ausfallen.

Unter den Adressenrisiken werden in der Stadtsparkasse Magdeburg die Verlustrisiken subsummiert, die durch Bonitätsveränderungen oder durch den Ausfall eines Geschäftspartners (z. B. in Folge einer Insolvenz) verursacht werden.

Die Stadtsparkasse Magdeburg unterscheidet die Adressenrisiken nach Risikoarten. Das **Ausfall- und Bonitätsrisiko** beinhaltet mögliche Verluste, die durch die Zahlungsunfähigkeit oder durch eine Verschlechterung der Bonität des Schuldners entstehen. Darunter wird auch das **Emittentenrisiko** subsummiert, das aus der Gefahr resultiert, dass verbrieftete Forderungen sowie aus ihnen bestehende Zinsansprüche vom Schuldner der Forderung (Emittent) nicht zurückgezahlt beziehungsweise gezahlt werden. Das **Län-**

derrisiko beschreibt das Risiko, das bei grenzüberschreitenden Zahlungen infolge der Zahlungsunwilligkeit (politisches Risiko) oder der Zahlungsunfähigkeit (wirtschaftliches Risiko) eines Staates entstehen kann. Das **Kontrahentenrisiko** entsteht durch Ausfall eines Vertragspartners bei der Abwicklung von Leistungsansprüchen (Wiedereindeckungsrisiko) oder durch nicht termingerechte Erfüllung von Leistungsansprüchen (Abwicklungsrisiko). Das **Strukturrisiko** resultiert aus der mangelnden Diversifikation des Kreditportefeuilles hinsichtlich der Struktur (Klumpenrisiko beispielsweise in Branchen oder in Größenklassen). Das **Beteiligungsrisiko** ist als potentieller Verlust definiert, der aus der Bereitstellung von Eigenkapital an Dritte entstehen kann.

Das Ausfall- und Bonitätsrisiko im Kundengeschäft, bei den Eigenanlagen und bei Beteiligungen sowie das allgemeine Strukturrisiko werden als wesentliches Risiko eingestuft. Grundlegende Aussagen zu den Adressenrisiken sind Bestandteil der Risikostrategie. Die Ausgestaltung der Kreditprozesse der Stadtsparkasse Magdeburg ist geprägt von einer klaren aufbauorganisatorischen Trennung der Bereiche Markt und Marktfolge.

Für die im Rahmen der Risikoinventur identifizierten und bewerteten Risiken erfolgt die Risikosteuerung durch den Vorstand und im Gremium Kreditfachausschuss. Das Risiko Adressausfall bei Eigenanlagen wird in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung dem Marktpreisrisiko zugeordnet.

Steuerung der Einzeladressrisiken

Für die **Kreditbewilligungs- und Zusageverfahren** beinhalten die organisatorischen Richtlinien für das Kreditgeschäft der Stadtsparkasse Magdeburg detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte (z. B. Bearbeitungsgrundsätze). Die Risiken werden durch die sorgfältige Auswahl der Vertragspartner auf der Grundlage einer Kreditwürdigkeitsprüfung und der Hereinnahme von Sicherheiten begrenzt. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zur Bewilligung von Kreditgeschäften autorisiert sind.

Die **Risikoklassifizierungsverfahren** sind integraler Bestandteil der Kreditrisikosteuerung und basieren auf modernen statistischen Verfahren. Als Basis für die Messung von Adressenausfallrisiken nutzt die Sparkasse im Kundenkreditgeschäft die von der Sparkassen Rating- und Risikosysteme GmbH entwickelten Rating- und Scoringverfahren der SparkassenFinanzgruppe.

Im Konsumentenkreditgeschäft basiert die Kreditvergabe auf den Ergebnissen eines statistischen Punktbewertungsverfahrens (Scoring) und auf Genehmigungsrichtlinien.

Im Kreditgeschäft mit Unternehmenskunden werden die Prozesse der Kreditentscheidung und der Konditionsgestaltung durch interne Ratings unterstützt.

Die Adressenrisiken aus Handelsgeschäften werden auf Basis der Ratings externer Agenturen und interner Bewertungen ermittelt und mit Hilfe von Kreditentscheidungen über Kontrahenten- und Emittentenlimite begrenzt.

Bei größeren Krediten erfolgt eine Überwachung der Risiken durch regelmäßige Bonitätsprüfungen. Die Risikohöhe wird durch Einzelkrediterräumung oder durch Limite für die Kreditnehmer sowohl für Kontrahenten, als auch für Emittenten begrenzt und in Datenverarbeitungssystemen erfasst und kontrolliert. Die Kontrollen werden entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben vom marktunabhängigen Bereich und bei Handelsgeschäften im Rahmen der Abwicklung und Kontrolle in der Abteilung Unternehmenssteuerung durchgeführt.

Es wurde ein Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den Privat- und Unternehmenskunden mit Krediten, die mit erhöhtem Risiko behaftet sind, anhand bestimmter Risikoindikatoren identifiziert werden. Dies erfolgt auf Ebene der Einzelkreditnehmer mit Hilfe einer Watchlist auf der Basis von quantitativen Kriterien (z. B. Rating- beziehungsweise Scoringnote, Dauer von Überziehungstagen) beziehungsweise qualitativen Kriterien (z. B. qualitative Angaben zum Management im Standardrating). Dabei nutzt die Sparkasse Daten aus dem OSPlus-Frühwarnsystem der Finanzinformatik.

Die frühzeitige Erkennung eines zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand von Risikoindikatoren erleichtert es, gegebenenfalls eine Intensivbetreuung des Engagements einschließlich Sanierung beziehungsweise eine Kreditabwicklung einzuleiten und Kreditrisikovorsorge zu treffen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen für Avalkredite und Pauschalwertberichtigungen für latente Risiken sowie Vorsorgereserven nach § 340f HGB. Auf der Basis von aus dem Ratingsystem abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie institutsindividuellen Verlustquoten werden in regelmäßigen Abständen unterjährig Analysen des Risikovorsorgebedarfs im Kundenkreditgeschäft auf Portfolioebene vorgenommen. Zusätzlich werden Abschläge auf die Sicherheitenbewertungen im Hinblick auf Zerschlagungsgesichtspunkte ermittelt.

Daneben kann die Stadtsparkasse Magdeburg auf ein differenziertes Konzept zum Risikofrühwarnsystem bei den Eigenanlagen zurückgreifen. Ein entsprechender Prozess zur Risikofrüherkennung bei Emittenten und Kontrahenten erhöht die Handlungsfähigkeit und unterstützt die Risikosteuerung.

Steuerung der Portfoliorisiken

Mit ihrem risikostrategischen Ansatz zielt die Stadtsparkasse Magdeburg bezüglich der Gesamtzusammensetzung des Kreditgeschäftes auf ein ausgewogenes und diversifiziertes Adressenrisikoportfolio ab.

Die Portfoliosteuerung beruht im Wesentlichen auf den Vorgaben der Risikostrategie. Dazu wird regelmäßig der Gesamtrisikostatus der Sparkasse ermittelt. Hierbei wird das Gesamtportfolio unter anderem nach Kundengruppen, Rating- und Größenklassen, Branchen und vorhandenen Sicherheiten analysiert sowie auf Risikokonzentrationen hin bewertet.

Am 31. Dezember 2016 ergab sich für das Kreditportfolio der Sparkasse (nach Inanspruchnahme inklusive offener Zusagen) in Höhe von 2,7 Mrd. Euro folgende Struktur:

Portfolio	Volumen in Mio. EUR	Anteil		Ratingbereiche					
				ungeratet in Mio. EUR	1-5 in Mio. EUR	6-10 in Mio. EUR	11-15 in Mio. EUR	16-18 in Mio. EUR	
Kundenkredite	1.379,4	50,9%	Privatkunden	0,6	474,9	47,8	6,9	4,1	
			Selbständige/Unternehmen	1,2	444,1	203,6	22,6	7,9	
			Öffentliche Haushalte	0,0	165,6	0,0	0,0	0,0	
Depot A	1.274,0	47,0%	Selbständige/Unternehmen	0,1	291,9	35,7	0,0	0,0	
			Öffentliche Haushalte	0,0	375,5	4,7	0,0	0,0	
			Kreditinstitute	0,0	565,7	0,5	0,0	0,0	
Beteiligungen	17,1	0,6%		0,0	17,1	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige Aktiva	37,9	1,4%		37,9	0,0	0,0	0,0	0,0	
Kreditportfolio	2.708,5	100,0%		39,8	2.334,9	292,3	29,5	12,0	

Kreditportfolio nach Portfolien und Risikoklassen (1-10 ohne erkennbares Adressausfallrisiko, 11-15 erhöhtes Adressausfallrisiko, 16-18 latent ausfallgefährdet beziehungsweise ausgefallen)

Bei den Wertpapieranlagen werden die Adressenrisiken durch volumenbezogene Emittenten- und Kontrahentenlimite sowie durch Länderlimite unter anderem in Abhängigkeit vom Rating begrenzt. Die sorgfältige Auswahl der Emittenten und Kontrahenten schließt eine interne Risikoeinschätzung ein.

Neben der Risikosteuerung über Strukturvorgaben werden mittels des Kreditrisikomodells "Sparkassen CreditPortfolioView" in der periodischen Sicht für das Kundenkreditgeschäft sowie für Eigenanlagen sowohl der erwartete als auch der unerwartete Verlust bestimmt.

Hierbei wird mit Bezug zur Risikotragfähigkeit ein Konfidenzniveau von 95,0 Prozent sowie eine Haltedauer von einem Jahr unterstellt. Die jährlich überprüften Parameter werden aus dem Parameterreport Adressenrisiko der S-Rating und Risikosysteme GmbH abgeleitet (Migrationsmatrix, Ausfallwahrscheinlichkeiten der Risikosegmente, Sicherheitenverwertungs- und Einbringungsquoten, Zinsstrukturkurven und Spreadparameter für Eigenanlagen).

Für die Messung des **Ausfallrisikos für Eigenanlagen** werden dabei Migrationsrisiken, also das Risiko der Veränderung von Kurswerten aufgrund von Bonitätsveränderungen, berücksichtigt. Der erwartete Verlust wird im Rahmen der Prognose des Bewertungsergebnisses Wertpapiere berücksichtigt, während der unerwartete Verlust den Risikofall widerspiegelt. Während mit Bonitätsveränderungen verbundene Kursentwicklungen regelmäßig beobachtet werden können, waren Ausfälle in 2016 wie auch den Jahren zuvor nicht zu verzeichnen.

Der erwartete Verlust stellt im Kundenkreditgeschäft eine Komponente für die mittelfristige Planung sowie die unterjährige Prognose des Bewertungsergebnisses Kredit dar. Des Weiteren werden Sicherheitsabschläge für Engagements berücksichtigt, die statistisch in die Ausfallrisikoklassen migrieren beziehungsweise dort verharren.

Aus einer unterhalb der Planung liegenden Risikoentwicklung bei **Adressausfällen im Kundengeschäft** resultiert im Laufe des Jahres 2016 eine unterjährige Anpassung der Prognosewerte für das Bewertungsergebnis Kredit. Die im Jahr 2016 gebildeten Einzelwertberichtigungen lagen im Bereich der Privatkunden leicht und bei den Firmenkunden deutlich unter dem Vorjahresniveau, wobei jeweils der Plan- beziehungsweise Prognosewert wie in den Jahren zuvor unterschritten wurden. Die Neubildung bewegte sich damit, insbesondere vor dem Hintergrund des wachsenden Kreditgeschäfts, auf einem vertretbaren Niveau.

Das Adressenrisikovolumen ist gegenüber dem Vorjahr um 133,8 Mio. Euro (5,2 Prozent) gestiegen. Diese Entwicklung resultiert zum Großteil aus dem

Ausbau im Bereich der Kundenkredite, darüber hinaus auch aus einem Zuwachs bei den direkten Kommunalkrediten und gruppeninternen Krediten (Sparkassenfinanzgruppe). Für das Volumen der Eigenanlagen ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Das Adressenrisiko im bestehenden Kundenkreditportfolio ist strukturell gesehen breit gestreut. Das Portfolio ist in großen Teilen grundpfandrechtlich gesichert. Bei den Wertpapieranlagen ist nach wie vor eine gute Diversifikation und Risikoklassenstruktur gegeben. Der Anlageschwerpunkt liegt weiterhin in Covered Bonds und Staatsanleihen und - bezogen auf die Länderverteilung - in Deutschland, so dass von einer vertretbaren Risikosituation gesprochen werden kann.

In Anbetracht des hohen Besicherungsanteils in Grundpfandrechten sowie des Volumens in Covered Bonds, denen ein grundpfandrechtlich besicherter Deckungsstock zugrunde liegt, hat die Sparkasse Maßnahmen ergriffen, um eine verbesserte Risikosteuerung zu ermöglichen, beispielsweise durch die Durchführung regelmäßiger Grundstücksmarkt- und Deckungsstockanalysen.

Das Beteiligungsportfolio unterliegt bereits seit einigen Jahren einer Konsolidierungsstrategie. Insbesondere sollen, abgesehen von Pflichtbeteiligungen, keinen weiteren Beteiligungen eingegangen werden. Zum 31.12.2016 bestehen überwiegend Verbundbeteiligungen, die insbesondere als mittelbare Beteiligungen über den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt (SBV, beispielsweise NORD/LB) sowie den Ostdeutschen Sparkassenverband (OSV, beispielsweise Landesbank Berlin, DEKA) gehalten werden.

Die Darstellung der aktuellen Risikolage erfolgt in einem quartalsmäßigen Reporting, das im Kreditfachausschuss diskutiert wird und Basis für Maßnahmen zur Risikosteuerung ist. Grundlage dafür ist unter anderem die regelmäßige Einzeldarstellung jeder Beteiligung in Form von Checklisten. Hier erfolgt im Wesentlichen die Berichterstattung über relevante Informationen beziehungsweise Veränderungen im Bezug auf das einzelne Beteiligungsverhältnis.

Bewertungsanpassungen waren 2016 für zwei indirekte Beteiligungen erforderlich. Die Risikoabschirmung im Rahmen der Risikotragfähigkeit erfolgt in Anlehnung an die Ermittlung aufsichtsrechtlicher Anforderungen an die Eigenkapitalunterlegung (Standardansatz) und für den SBV alternativ auf Basis von Risikowerten, die mittels der Variation von Beta-Faktoren ermittelt wurden. In 2016 kam es aufgrund der Umstellung der

Risikomessmethodik für die Beteiligung am SBV zu einer Limitüberschreitung. Das Limit wurde dementsprechend begründet erhöht.

Insgesamt werden die Adressenrisiken auch weiterhin als wesentlich, aber tragbar bewertet. Bei den Stresstests und Risikokonzentrationen werden die Adressenrisiken einbezogen.

Im Bereich der Risikokonzentrationen stehen die Strukturlimits im Fokus. Dabei erfolgt im Kundengeschäft eine gesonderte Überwachung der Branche Grundstücks- und Wohnungswesen mit dem Ergebnis, dass das Risiko jederzeit als vertretbar einzustufen war. Die Strukturlimits zur Größenklasse, zur Ratingqualität, zur Sicherheitenabdeckung sowie zum Länderrisiko bei den Eigenanlagen wurden zum 31.12.2016 eingehalten. Weitere Risikokonzentrationen wurden bezüglich Ausfall- und Bonitätsrisiko im Eigenhandel (Volumenkonzentration bei einzelnen Emittenten beziehungsweise in der Branche Kredit- und Versicherungswesen) und bei den Beteiligungen (Volumenkonzentration) sowie für Verwertungsquoten (Grundpfandrechte, Deckungsstock) analysiert.

Als wesentliche Veränderung im Berichtsjahr ist die Umstellung der Risikomessmethodik für das Adressausfallrisiko für Eigenanlagen zu nennen. Damit erfolgte eine Harmonisierung mit der Messung des Adressausfallrisikos im Kundenkreditgeschäft.

Die Steuerungsinstrumente der Sparkasse umfassen für das Kreditgeschäft ein Frühwarnsystem für die Erkennung und konsequente Bearbeitung potenziell ausfallbedrohter Engagements, ein Limitsystem zur Begrenzung von Größenkonzentrationen sowie Rating- und Scoring-Verfahren zur umfassenden Beurteilung des Kreditportfolios. Neben den bereits genannten Steuerungsinstrumenten erfolgt auf Gesamtbankebene die Risikosteuerung des Kreditgeschäfts über die durch den Gesamtvorstand beschlossenen Verlust- und Risikolimits für das Kreditportfolio. Im Ergebnis drückt sich durch die Anwendung dieser Steuerungsinstrumente eine risikobewusste Kreditvergabepolitik aus.

Zum Jahresabschluss 2016 ergab sich ein Bewertungsergebnis Kredit in Höhe von 0,4 Mio. Euro. Dieses lag vor allem aufgrund von geringeren Aufwendungen für die Bildung von Einzelwertberichtigungen deutlich unter dem ursprünglichen Planwert für 2016.

Das GuV-Risiko war in 2016 durch das bereit gestellte Limit abgedeckt.

Für das Jahr 2017 wurde für das Bewertungsergebnis Kredit ein GuV-Limit in Höhe von 6,0 Mio. EUR und für die Adressenrisiken aus Beteiligungen (sonstiges Bewertungsergebnis) ein GuV-Limit in Höhe von 4,5 Mio. EUR festgelegt. Für das Adressenausfallrisiko Depot A, welches über das Bewertungsergebnis Wertpapiere limitiert wird, wurde ein GuV-Limit in Höhe von 2,0 Mio. EUR festgelegt. Nach den Berechnungen per 31. Dezember 2016 wird im Risikofall das Limit für das Bewertungsergebnis Kredit zum 31. Dezember 2017 (Betrachtungshorizont 1 Jahr) zu 71,7 Prozent ausgelastet. Für die Beteiligungen (sonstiges Bewertungsergebnis) wird eine Limitauslastung von 96,7 Prozent ausgewiesen. Für das Adressenausfallrisiko Depot A ergibt sich eine Limitauslastung von 98,3 %.

3.4.2 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken umfassen die Gefahr von möglichen Marktwertänderungen durch zukünftige nachteilige Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern. Zusätzliche Marktpreisrisiken haben die Positionen, deren Marktgängigkeit begrenzt ist.

Die Marktpreisrisiken unterteilen sich nach Risikoarten. Das **Zinsänderungsrisiko**, spiegelt sich durch offene Zinspositionen, die sich beispielsweise durch das gezielte Eingehen von Fristentransformation ergeben, wider. Das **Spreadänderungsrisiko** bezeichnet die Gefahr von Vermögensminderungen, die sich aus einer Veränderung von Spreadaufschlägen am Markt ergeben, welche aus verschiedenen Ursachen resultieren (zum Beispiel Veränderung der Bonität). Das **Immobilienrisiko** stellt das Risiko eines Verkehrswertrückganges für Immobilien unter den Buchwert dar. Hohe Leerstandsquoten haben einen negativen Einfluss auf den Cashflow des Investments und somit auf die Höhe der Ausschüttung aus dem Immobilienspezialfonds. Das **Aktienkursrisiko** beschreibt die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände beziehungsweise offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht. Darüber hinaus können sich negative Auswirkungen auf die Höhe der Dividendenausschüttung ergeben.

Die Marktpreisrisiken aus Zins- und Spreadänderungen sowie dem Immobilieninvestment werden als wesentliches Risiko definiert. Grundlegende Aussagen zu den Marktpreisrisiken sind Bestandteil der Geschäfts- und der Risikostrategie.

Für die im Rahmen der Risikoinventur identifizierten und bewerteten Risiken erfolgt die Risikosteuerung durch den Vorstand und in den Gremien Anlageausschuss und Arbeitskreis Mittelfristprognose. Dort werden regelmäßig die aktuelle Unternehmens- und Marktsituation sowie das fundamentale Umfeld analysiert und neu bewertet und vor allem über Maßnahmen bei den Eigenanlagen steuernd eingegriffen. Marktpreisrisiken werden so gesteuert, dass die in der Geschäftsstrategie definierten Ertragserwartungen unter Beachtung der Begrenzung durch das Risikodeckungspotential erfüllt werden.

Zur Bilanzstruktursteuerung und zur periodischen Ermittlung des Zinsspannenrisikos werden verschiedene Szenarien der Zinsspannenentwicklung unter Berücksichtigung der strategischen Ziele simuliert. Auf der Grundlage der Simulationsergebnisse können gezielte Steuerungsmaßnahmen zur Ertragsverbesserung unter Chancen-/Risikoaspekten vorgenommen werden.

Die zur Risikomessung und Limitierung angewandten Verfahren sind für die einzelnen Risikoarten des zinstragenden Geschäftes unterschiedlich.

Das Zinsänderungsrisiko, das in Kombination mit dem Spreadänderungsrisiko das für die Stadtsparkasse Magdeburg bedeutendste Marktpreisrisiko darstellt, lässt sich in das periodische Zinsspannenrisiko und das periodisch orientierte Abschreibungsrisiko differenzieren. Risikoerhöhende Veränderungen der Zinsstruktur spiegeln sich nach handelsrechtlicher Betrachtung in einer Reduzierung der Zinsspanne, dem wichtigsten Ergebnisbeitrag für die Sparkasse, sowie in einer Erhöhung der Bewertungserfordernisse im Wertpapierportfolio wider.

Die Quantifizierung des Zinsspannenrisikos erfolgt auf Grundlage der Cashflows der Einzelgeschäfte. Die Cashflows von Produkten mit unbestimmter Zinsbindungs- beziehungsweise Kapitalfälligkeit werden anhand von Mischungen gleitender Durchschnitte unterschiedlicher Zinsbindungsfristen modelliert, die unter der Berücksichtigung der Historie und erwarteter Zinsentwicklungen im Hinblick auf das Konzept konstanter Margen abgeleitet werden. Im Rahmen der periodischen Betrachtung wird das Zinsspannenrisiko als negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert interpretiert. Das Abschreibungsrisiko gibt die Kursverluste von Wertpapieren an, die aus Veränderungen der Marktpreise oder preisbeeinflussenden Parametern resultieren. Hierzu werden die Bewertungsergebnisse auf der Grundlage der für die Risikotragfähigkeit relevanten Zinsszenarien berechnet.

Als **Spreadrisiko** werden Renditedifferenzen bezeichnet, die die mit einer Anlage verbundenen Risiken, insbesondere aus der Bonität eines Emittenten oder der (fehlenden) Handelbarkeit einer Anlage, kompensieren. Das Spreadrisiko besteht für die Sparkasse insbesondere in der Ausweitung von Renditedifferenzen aufgrund von unerwarteten Verschlechterungen der Bonität einzelner Emittenten oder der Ausweitung von Risikoaufschlägen für bestimmte Ratingklassen, die ein Abschreibungsrisiko der entsprechenden Positionen bei den Wertpapiereigenanlagen verursachen können. Die Messung erfolgt zusammen mit dem zinsinduzierten Abschreibungsrisiko.

Die Risikomessung für das **Immobilien-Investment** der Sparkasse erfolgt auf Portfolioebene. Die Basis hierfür bilden Risikoparameter aus dem Fondsreporting nach dem Verfahren der Risikoklassendurchschau gemäß DSGVO-Konzept und unterstützende Recherchen.

Die Risikomessung für das **Aktienkursrisiko** erfolgt ebenfalls auf Portfolioebene. Die Basis hierfür bildet eine Zeitreihenanalyse historischer Marktdaten unter Verwendung festgelegter Risikoparameter. Die Analyseergebnisse werden zudem unter Nutzung weiterer Informationsquellen wie das Fondsreporting plausibilisiert.

Das **Risiko aus Optionen im Kundengeschäft** findet sich nur in bestimmten Positionen wieder. Optionsausübungen werden maßgeblich von der zukünftigen Zinsentwicklung beeinflusst und vom Kunden situativ – nicht im Einzelfall berechenbar – ausgeübt. Das Ausübungsverhalten wird im Rahmen des Reportings analysiert.

In einem regelmäßigen Reporting gegenüber dem Vorstand und dem Verwaltungsrat erfolgt die Darstellung des Marktpreisrisikos und die Einhaltung der Strategievorgaben. Die quartalsweise Berichterstattung wird durch die OE Risikoüberwachung in Form des Marktpreisrisikoreportes erstellt. Neben der Limitüberwachung auf Portfolioebene, geordnet nach Risikoarten, wird über die aktuelle Risikosituation sowie die Auslastung des Zinsrisikokoeffizienten berichtet. Über die Auslastung der im Rahmen der Risikotragfähigkeit festgelegten Limite für das Zins- und Spreadänderungsrisiko bei den Eigenanlagen erstattet die OE Risikoüberwachung dem für die Überwachung zuständigen Vorstandsmitglied täglich Meldung. Die Ad-hoc-Berichterstattung sowie das darauf aufbauende Eskalationsverfahren sind im Rahmen der Institutsdokumentation festgelegt.

Der Umfang der Marktpreisrisiken wird als wesentlich aber tragbar eingeschätzt. Bei den Stresstests und Risikokonzentrationen werden die Marktpreisrisiken einbezogen.

Das Zinsänderungsrisiko stellt im Gegensatz zum Spreadänderungsrisiko keine Risikokonzentration dar. Die Risikokonzentration im Spreadänderungsrisiko unterliegt einer intensiven Beobachtung (Tagesreport Handelsgeschäft, Marktpreisrisikoreport). Die Risikoausprägungen werden als vertretbar bewertet. Grundsätzlich stehen Maßnahmen der Risikobegrenzung zur Verfügung.

Als wesentliche Veränderung im Berichtsjahr ist die Umstellung der Risikomessmethodik für das Zins- und Spreadänderungsrisiko zu nennen. Die Risikomessung erfolgt nun auf Basis renditebezogener Risikospreads. Die Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit wurden analysiert und dokumentiert.

Im Rahmen der Planung und Prognoserechnung werden erwartete Verluste für das Zinsspannenrisiko und das Abschreibungspotenzial auf Einzelpapierebene im Bewertungsergebnis Wertpapiere berücksichtigt. Per 31.12.2016 wird ein Zinsüberschuss in Höhe von 43,2 Mio. Euro ausgewiesen und der Planwert damit überschritten. Die für das Jahr 2016 prognostizierten Bewertungserfordernisse aus Zins- und Spreadänderungsrisiken wurden zum 31.12.2016 mit einem positiven Bewertungsergebnis in Höhe von 254 TEUR unterschritten.

Zu Beginn des Berichtsjahres war ein Anstieg der Duration zu verzeichnen, der daraus resultierte, dass zunächst gezielt Investitionen in längeren Laufzeiten mit höheren Kupons und höheren Spreadrisiken getätigt wurden. Im Jahresverlauf lag der Fokus der Anlageentscheidungen verstärkt in der Assetklasse Floater beziehungsweise kurzlaufender Anleihen. Vor diesem Hintergrund ist die Duration bis zum Jahresende wieder rückläufig gewesen und liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Bei der weiteren Umsetzung der Anlagestrategie ist nicht mit einer Ausweitung der Duration im Eigenhandel zu rechnen.

Durch das starke Wachstum des Kundenkreditgeschäftes ergab sich ein leichter Bestandsrückgang bei den Eigenanlagen. Die Risiken sind gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen. Der Abbau des Bestandes im Zinsbuch hin zum Immobilieninvestment bewirkte neben der Änderung

der Risikomessmethodik einen Rückgang der Risikomessergebnisse aus Zins- und Spreadänderungsrisiko. Aus dem Investitionsfortschritt des Immobilieninvestments ist ein deutlicher Anstieg der Risikowerte für diese Assetklasse gegenüber dem Vorjahr festzustellen.

Das Limit für das Bewertungsergebnis Wertpapiere wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Für das Teillimit Immobilieninvestment wurden zu den Stichtagen 31.03.2016, 30.06.2016 und 30.09.2016 Limitüberschreitungen ausgewiesen. Es erfolgte eine Umverteilung innerhalb des Limits für das Bewertungsergebnis Wertpapiere, da der Risikoausbau im Immobilieninvestment aus strategischen Maßnahmen zur Reduzierung des Risikos aus Zins- und Spreadänderungen resultierte.

Für das Jahr 2017 wurde für das Bewertungsergebnis Wertpapiere ein GuV-Limit in Höhe von 63,5 Mio. EUR festgelegt, das sich auf die Teillimite für Zins- und Spreadänderungsrisiko (48,0 Mio. Euro), Adressausfall Depot A (2,0 Mio. Euro), Immobilieninvestment (11,0 Mio. Euro) und Aktienkursrisiko (2,5 Mio. Euro) verteilt. Nach den Berechnungen per 31. Dezember 2016 wird das Limit für das Bewertungsergebnis Wertpapiere zum 31. Dezember 2017 (Betrachtungshorizont 1 Jahr) im Risikofall zu 59,3 Prozent ausgelastet. Die Teillimite werden ebenfalls eingehalten. Marktpreisrisiken sind zudem über das Zinsspannenrisiko limitiert, welches über das GuV-Limit für das Zinsergebnis in Höhe von 5,5 Mio. EUR berücksichtigt wird. Nach den Berechnungen per 31. Dezember 2016 wird das Limit für das Zinsergebnis zum 31. Dezember 2017 (Betrachtungshorizont 1 Jahr) im Risikofall zu 86,2 Prozent (davon Zinsspannenrisiken: 41,5 Prozent) ausgelastet.

Der auf der Grundlage des BaFin-Rundschreibens Nr. 11/2011 vom 9.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) zum 31.12.2016 ermittelte Zinsrisikokoeffizient gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 14 in Verbindung mit § 25a Abs. 1 Satz 7 KWG betrug 25,3 Prozent und lag damit oberhalb des Schwellenwertes von 20,0 Prozent.

3.4.3 Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken umfassen grundsätzlich das Zahlungsunfähigkeitsrisiko, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko. Daneben betrachtet die Stadtsparkasse Magdeburg noch das Terminrisiko im engeren Sinne, das die Unsicherheit einer ungeplanten Verlängerung der Kapital-

bindungsdauer von Aktivgeschäften seitens des Kontrahenten/Kunden beinhaltet.

Unter Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird das Risiko verstanden, Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen zu können. Refinanzierungsrisiken entstehen, wenn die Liquidität nur zu erhöhten Marktpreisen beschafft werden kann. Marktliquiditätsrisiken liegen vor, wenn Anlagen nicht zum gewünschten Zeitpunkt oder in der geplanten Höhe liquidiert werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wurde innerhalb des Gesamtrisikoprofils als wesentlich eingestuft. Liquiditätsrisiken werden aufgrund eines separaten Steuerungskreislaufs in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung nicht mit GuV-Limiten unterlegt. Aussagen zur Steuerung der Liquiditätsrisiken sind in der Risikostrategie festgehalten.

Für die im Rahmen der Risikoinventur identifizierten und bewerteten Risiken erfolgt die Risikosteuerung durch den Vorstand und im Gremium Anlageausschuss. Liquiditätsrisiken steuert die Sparkasse durch eine vorsichtige und angemessene Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva.

Zur Messung und Limitierung des Liquiditätsrisikos orientiert sich die Sparkasse an den Anforderungen des § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung, den MaRisk und der seit 1. Oktober 2015 täglich einzuhaltenden Liquiditätsdeckungsquote (LCR). Im Stresstest-Szenario wird das Zahlungsunfähigkeitsrisiko auf Basis eines angenommenen Abzugs von Kundeneinlagen quantifiziert, der unter Anwendung des Liquiditätskataloges zu absorbieren ist.

Um erforderlichenfalls zeitnah und strukturiert reagieren zu können, hat die Sparkasse Frühwarnschwellen definiert und einen Liquiditätskatalog erstellt. Zudem wird im Rahmen der strategischen Liquiditätssteuerung halbjährlich eine Liquiditäts-Kosten-Nutzen-Analyse erstellt (Liquiditätskostenverrechnungssystem), um zu überprüfen, inwiefern die Liquiditätskosten der Passivseite durch Liquiditätserträge auf der Aktivseite kompensiert werden. Der Saldo aus positiven Liquiditätsbeiträgen der Aktivseite und negativen Liquiditätsbeiträgen der Passivseite laut Hochrechnung zum Stichtag 30.09.2016 beträgt 4.355 TEUR für das Jahr 2016. Damit ist gewährleistet, dass die Kosten für Liquidität auf der Passivseite ausreichend in den Konditionen der Aktivseite berücksichtigt sind. Der Saldo bleibt

unter Berücksichtigung unserer mittelfristigen Unternehmensplanung bis 2022 positiv:

Liquiditätsbeitrag		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
aktiv	Istgeschäft	9.780	7.404	6.277	4.979	4.098	3.411	2.750
	Neugeschäft	521	2.867	3.492	4.155	4.740	5.209	5.514
passiv	Istgeschäft	-4.599	-145	-86	-32	-10	-5	-1
	Neugeschäft	-1.347	-5.115	-4.834	-4.220	-3.811	-3.438	-3.039
Saldo Gesamt Simulation		4.355	5.011	4.849	4.883	5.018	5.176	5.224

Sowohl im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, der operativen Liquiditätssteuerung als auch über das strategische Liquiditätsrisiko wird der Vorstand regelmäßig unterrichtet. Das Liquiditätsrisiko wird im Gesamtrisikobericht, der auch dem Verwaltungsrat zur Verfügung steht, berücksichtigt.

Der Umfang der Liquiditätsrisiken wird als vertretbar eingeschätzt. Eine Beeinträchtigung der Zahlungsfähigkeit ist auch bei restriktiven Annahmen nicht zu erkennen. Zudem verfügt die Sparkasse über umfangreiche Liquidität beziehungsweise Liquiditätsreserven.

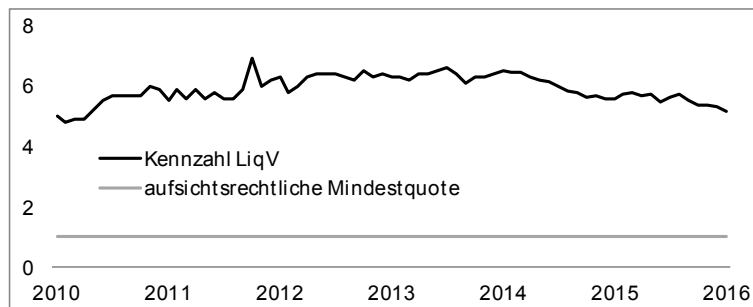
Bei den Stresstests und Risikokonzentrationen werden die Liquiditätsrisiken einbezogen. Abgeleitet aus Sensitivitätsanalysen, die verschiedene Risikotreiber betrachten, wird ein unerwarteter Abzug von Kundeneinlagen in erheblichen Größenordnungen als das relevante Stressszenario definiert. Die alternative Refinanzierung am Geldmarkt zu den aktuellen Negativzinsen führt zu einem positiven Effekt in der Zinsspanne. Großabrufrisiken in den Kundenforderungen sowie Kundeneinlagen wurden identifiziert und unterliegen einer laufenden Beobachtung in der operativen Liquiditätssteuerung.

Die Überwachung und Steuerung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen erfolgt im Rahmen der Berichterstattung im Anlageausschuss. Die nach MaRisk geforderten Handlungsalternativen für einen möglichen Liquiditätsengpass sowie ein Notfallplan wurden definiert.

Aufgrund der Ausrichtung des Geschäftsmodelles auf das Kundengeschäft verfügt die Sparkasse über Refinanzierungsquellen in Form von diversifizierten Kundeneinlagen. Über das Kundengeschäft hinaus hat die Sparkasse Zugang zu weiteren Refinanzierungsquellen. So wurden der Sparkasse beispielsweise durch Verbundpartner Refinanzierungsmöglichkeiten eingeräumt.

Im Ergebnis der zum 30.09.2016 vorgenommenen Analysen kann festgehalten werden, dass die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse aufgrund ausreichender Liquiditätsreserven auch unter erschwerten Bedingungen gegeben ist. Das Reichweitenlimit wird im Planszenario eingehalten. Allerdings führte im Risikoszenario unter den derzeitigen Prämissen bereits eine leichte Verschiebung in der Fälligkeitsstruktur der eigenen Wertpapiere zu einer Limitüberschreitung. Der Anlageausschuss beauftragte weitere Analysen und eine Parameterüberprüfung auch im Kontext mit der deutlichen Übererfüllung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern. Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Magdeburg war während des gesamten Geschäftsjahres 2016 ausreichend gesichert.

Die Liquiditätskennzahlen Liquidity Coverage Ratio gemäß delVo – kurz LCR – und die Net Stable Funding Ratio – kurz NSFR – werden aktuell perspektivisch klar erfüllt und lassen auf eine gute Liquiditätsausstattung der Stadtsparkasse Magdeburg schließen.



3.4.4 Operationelle Risiken

Als operationelle Risiken sind all diejenigen Gefahren, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten und unmittelbar oder mittelbar zu Verlusten führen, definiert. Diese Definition schließt rechtliche Risiken mit ein und entspricht dem aufsichtsrechtlichen Verständnis.

Im Rahmen der Risikoinventur wurde das Risiko Outsourcing als wesentlich bewertet. Im Risikomanagementprozess werden die operationellen Risiken von der Sparkasse in ihrer Gesamtheit als wesentlich eingestuft. Grundlegende Aussagen zu den operationellen Risiken sind Bestandteil der Risikostrategie.

Die Sparkasse nutzt zur jährlichen Identifikation und Beurteilung operationeller Risiken die Instrumente Risikoinventur und Schadensfalldatenbank. Für die im Rahmen der Risikoinventur identifizierten und bewerteten Risiken erfolgt die Risikosteuerung durch die zuständigen Organisationseinheiten. Über eine Schadensfalldatenbank werden alle relevanten Schadensfälle (Bruttoschaden größer 1 TEUR) eines Geschäftsjahres erfasst. Die damit geschaffene Transparenz erlaubt detaillierte Analysen von schlagend gewordenen operationellen Risiken.

Zur Messung des operationellen Risikos stützt sich die Sparkasse auf die Historie der Schadensfalldatenbank. Mittels ex-post-Betrachtung eingetretener Schadensfälle und ex-ante-Betrachtung möglicher zukünftiger Schadensfälle wird ein Risikowert ermittelt.

Über die operationellen Risiken wird einmal jährlich umfassend berichtet. Daneben existieren weitere Teilberichte und Verfahren zur Ad-hoc-Berichterstattung.

Der Umfang der operationellen Risiken wird als vertretbar eingeschätzt. In der Betrachtung der Stresstests und Risikokonzentrationen spielen die operationellen Risiken eine untergeordnete Rolle. Beim Risiko Outsourcing wurde für die drei wesentlichen Dienstleister eine Risikokonzentration konstatiert.

Zu den installierten Regelungen beziehungsweise Verfahren zum Management der operationellen Risiken zählen insbesondere das interne Kontrollsystem, die schriftlich fixierte Ordnung für die Aufbauorganisation und die wesentlichen Arbeitsabläufe, der Einsatz von qualifiziertem Personal sowie die ständige Weiterentwicklung der Methoden und die Verbesserung der technischen Abläufe. Betriebsrisiken aus dem IT-Bereich, aus Organisations- und Bearbeitungsfehlern werden durch Vereinbarungen mit einem externen Rechenzentrum, durch Notfallkonzepte, zunehmende Automatisierung und ständige Kontrollen durch qualifizierte Mitarbeiter gemindert beziehungsweise zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher Standardverträge reduziert.

Ein Schwerpunkt der Steuerung der operationellen Risiken bildet die IT-Sicherheit. Neben Notfallplänen für den IT-Bereich umfasst das Notfallkonzept ein Krisenmanagement sowie Konzepte zur Fortführung der Geschäftstätigkeit. Zur Abwehr von unberechtigten Zugriffen und Änderun-

gen in den Geschäftsprozessen sind Berechtigungssysteme sowie Kontroll- und Überwachungsprozesse implementiert. Gegen unberechtigte Zugriffe von außen ist die Sparkasse durch umfangreiche Sicherungsmaßnahmen ihres IT-Dienstleisters, der Finanz Informatik GmbH & Co. KG (FI), geschützt. Der eigene Beitrag liegt dabei in der Einhaltung der Vorgaben, welche die FI vorgibt.

Hinsichtlich ausgelagerter Funktionen ist die Einhaltung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen durch einzelvertragliche und schnittstellenspezifische Regelungen sichergestellt. Wesentliche Auslagerungen werden einer Risikoanalyse unterzogen, über die dem Vorstand berichtet wird.

Für Risiken aus Widerruf von Darlehen und Personalangelegenheiten wurden Rückstellungen (110 TEUR) gebildet.

Die im Berichtsjahr eingetretenen Schadensfälle sind von untergeordneter Bedeutung. Aus der Gesamtbetrachtung der Summe der Nettoschäden der Schadensfälle ergeben sich keine Anzeichen für wesentliche Änderungen der Risikoeinschätzung. Das vorgegebene Risikolimit in Höhe von 1,0 Mio. Euro war im gesamten Jahresverlauf eingehalten.

Für das Jahr 2017 wurde für die Operationellen Risiken ein GuV-Limit in Höhe von 1,0 Mio. EUR festgelegt. Nach den Berechnungen per 31. Dezember 2016 wird das Limit für die Operationellen Risiken zum 31. Dezember 2017 (Betrachtungshorizont 1 Jahr) im Risikofall zu 100,0 Prozent ausgelastet.

3.4.5 Sonstige Risiken

Die sonstigen Risiken finden ihre Ausprägungen als Vertriebsrisiko sowie als Reputationsrisiko. Das Vertriebsrisiko mit seinen Teilrisiken Geschäftsfeld-, Management- und Planungsrisiko zielt darauf ab, das Risiko bezüglich der Ertragslage zu erfassen und ist definiert als Gefahr, dass die strategischen Entscheidungen der Geschäftsleitung über das bankbetriebliche Leistungsprogramm nicht geeignet sind, die nachhaltige Ertragslage sicher zu stellen.

Das Vertriebsrisiko wurde als wesentlich eingestuft. Grundlegende Aussagen zu den Sonstigen Risiken sind Bestandteil der Risikostrategie. Die sonstigen Risiken sind zudem eng verbunden mit dem Ergebnisbeitrag des Vertriebs,

der abhängig ist vom Marktumfeld, von der Preispolitik und von der Kundenbindung. Der Vertrieb und die damit einhergehenden Geschäftsfeld- und Planungsrisiken sind Gegenstände der Geschäftsstrategie der Sparkasse.

Auf die sonstigen Risiken wirken vornehmlich interne und externe Einflüsse, wie beispielsweise die Wettbewerbsintensität und die Marktzinsneuentwicklung. Diesen Einflüssen wird die Sparkasse auch zukünftig ausgesetzt sein und daher werden sie weiter das geschäftspolitische - insbesondere das vertriebliche - Handeln beeinflussen.

Für die im Rahmen der Risikoinventur identifizierten und bewerteten Risiken erfolgt die Risikosteuerung durch den Vorstand und diverse Gremien, wie den Arbeitskreis Mittelfristprognose und den Arbeitskreis Kostenarten.

Die Risikomessung für das Vertriebsrisiko (Zinsergebnis) berücksichtigt Annahmen zu Margenabweichungen, zu Bilanzsummenschwankungen und zur Einhaltung der Neugeschäftsannahmen. Darüber hinaus wird das Vertriebsrisiko bezüglich Provisionen und ordentlichem Aufwand betrachtet und über eine historische Analyse ein Schätzwert ermittelt.

Der Vorstand wird monatlich im Arbeitskreis Mittelfristprognose durch die OE Risikoüberwachung anhand einer Standardinformation mittels Soll/Ist-Abgleich über Geschäftsentwicklung, Vertriebsziele und Erfolgsprognose informiert. Kennzahlen wie Deckungsbeitrag, Margen im Kundengeschäft und Zinsabweichungen sind Inhalt weiterführender Abweichungsanalysen.

Über die Entwicklung der Risikomessergebnisse und die Bedeutung im Rahmen der Risikotragfähigkeit wird vierteljährlich berichtet.

Der Umfang der sonstigen Risiken wird als vertretbar eingeschätzt. Die letzten Jahre lassen die Bewertung zu, dass sich das Geschäftsmodell der Sparkasse auch in Krisenzeiten bewährt hat. Es zeigte sich, dass die Reputation der Sparkasse durch die Öffentlichkeit - insbesondere bei den Kunden - in dieser Zeit hoch eingeschätzt wurde. Neben signifikanten Mittelzuflüssen und einer erhöhten Anzahl an Konten zeigt sich dies anhand eines gestiegenen Kundenbindungsindex. Zur Überwachung des Reputationsrisikos hat die Sparkasse ein Beschwerdemanagement im Einsatz und führt Kundenbefragungen durch.

Im Rahmen der Stresstests werden die sonstigen Risiken über das Vertriebsrisiko mit Planbilanz- und Margenabweichungen und daraus resultieren-

den Planunterschreitungen beim Zinsüberschuss einbezogen. Die Risikomessergebnisse spielen in der Gesamtbetrachtung der Stresstests eine untergeordnete Rolle.

Die jährliche Analyse zur Ertragsrisikokonzentration kommt bezüglich der Ertragskomponenten zu dem Ergebnis, dass entsprechend des Geschäftsmodells eine Übergewichtung der Zinserträge festzustellen ist. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Zinsüberschusses sind darüber hinaus keine Ertragskonzentrationen vorhanden.

Die Sonstigen Risiken werden mit der Zielsetzung gesteuert, die in der Geschäftsstrategie definierten Ertragserwartungen umzusetzen. Dazu werden in den zuständigen Gremien regelmäßig die aktuelle Unternehmens- und die Marktsituation (Wettbewerb, Zielerreichungsgrad der Vertriebsziele usw.) analysiert und neu bewertet.

Für das Geschäftsjahr 2016 weisen diese Analysen keine nennenswerten Abweichungen aus. Die Auslastung des GuV-Limits ist in Verbindung mit dem Zinsspannenrisiko zu bewerten, es wird auf die Ausführungen unter Punkt 3.4.2 verwiesen. Die Entwicklung des Risikomessergebnisses weist im Berichtsjahr keine bedeutsamen Veränderungen auf.

Für das Jahr 2017 sind die Sonstigen Risiken (Vertriebsrisiko aus bilanziellem Kundengeschäft) über das Zinsergebnis in einem GuV-Limit in Höhe von 5,5 Mio. EUR berücksichtigt. Nach den Berechnungen per 31. Dezember 2016 wird das Limit für das Zinsergebnis zum 31. Dezember 2017 (Betrachtungshorizont 1 Jahr) im Risikofall zu 86,2 Prozent (davon Vertriebsrisiko aus bilanziellem Kundengeschäft: 44,7 Prozent) ausgelastet.

Den Sonstigen Risiken Provisionsergebnis und Ordentlicher Aufwand wurde für 2017 ein GuV-Limit in Höhe von 1,0 Mio. EUR zugewiesen. Nach den Berechnungen per 31. Dezember 2016 werden die Limite zum 31. Dezember 2017 (Betrachtungshorizont 1 Jahr) im Risikofall zu 100,0 Prozent ausgelastet.

3.5 Stresstests

Stresstests ergänzen die Risikodarstellung und verfolgen das Ziel, ungünstigen Entwicklungen rechtzeitig mit entsprechenden Steuerungsimpulsen zu begegnen. Mit den regelmäßig durchgeführten Stresstests wird in Anlehnung

an den Risikofall ebenfalls ein Gesamtbankrisiko ermittelt. Als risikoartenübergreifende Szenarien sind die nach MaRisk benannten Pflichtszenarien schwerer konjunktureller Abschwung und Inverser Stresstest festgelegt. Zudem werden die historischen Bewertungsergebnisse sowie die Risikokonzentration NORD/LB analysiert. Für die Liquiditätsrisiken ist ebenfalls ein Stresstest definiert.

Die Ergebnisse der Stresstests werden bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit angemessen berücksichtigt, dem Vorstand berichtet und in den zuständigen Gremien bewertet. In 2016 ergaben sich aus den Ergebnissen keinerlei Hinweise auf eine außergewöhnliche oder eine gar den Bestand gefährdende Risikolage der Sparkasse.

3.6 Chancen und Risiken

Das Geschäftsmodell der Sparkasse hat sich auch in der Finanzmarktkrise als robust und nachhaltig erwiesen. Die demografische und wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsgebiet der Stadtsparkasse Magdeburg kann mittel- und langfristig als relativ stabil bewertet werden. Bei einem generell hohen Marktanteil liegen besondere Chancen in der konsequenteren Potenzialausschöpfung bestehender Kundenbeziehungen sowie dem Ausbau der Marktanteile in den Lebensphasen „Junge Erwachsene“ und „Karriere“. Im Zuge der ganzheitlichen Kundenbetreuung haben neben der Geldanlage das Kredit- sowie das Vorsorgegeschäft eine hohe Bedeutung. Als Mitglied der Sparkassenorganisation steht der Sparkasse das gesamte Angebot des Verbundes an Finanzdienstleistungen des Privat- und Firmenkundengeschäftes zur Verfügung. Die Kundennähe durch ein flächendeckendes Filialnetz, das Beratungskompetenz vor Ort bietet, hat sich bewährt und wird weiterhin ein wichtiger Erfolgsfaktor sein. Die zunehmende Online-Affinität der Kunden in Form der Informationsbeschaffung, aber auch bei der Abwicklung von Bankgeschäften und dem Abschluss einfacher Finanzprodukte, greift die Sparkasse durch den Ausbau ihrer Internet-Filiale auf. In der verbesserten Nutzung der Online-Vertriebswege, insbesondere einer gezielteren Kundenansprache, ergeben sich Chancen im Produktvertrieb.

Aus der Weiterentwicklung der Vertriebswege und der Geschäftsprozesse einschließlich der Schnittstellen zu den Verbundpartnern ergeben sich Möglichkeiten der Kostenoptimierung. Ein Risiko für die Kostensituation stellen überplanmäßige Tarifierhöhungen und ein Mehrbedarf an Personal

zur Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und verbraucherrechtlichen Anforderungen dar.

Bei weiterhin günstiger Konjunktorentwicklung ist von positiven Unternehmens- und Arbeitsmarktzahlen auszugehen, die das Adressausfallrisiko reduzieren und weitere Chancen für den Ausbau des Kreditgeschäftes mit gewerblichen und privaten Kunden bieten. Das kontinuierlich anwachsende und stark granulare Mittelaufkommen aus langfristigen Kundenbeziehungen wird auch zukünftig eine sehr gute Liquiditätsausstattung sichern.

Sollte es zu einem generellen konjunkturellen Einbruch kommen, werden sich die Bewertungsrisiken im Kreditgeschäft erhöhen. Gleiches gilt für die Bewertungserfordernisse bei den Eigenanlagen für den Fall einer Verschärfung der Staatsschulden- beziehungsweise Eurokrise.

Die Entwicklung an den Finanzmärkten, insbesondere die Zinsentwicklung, spielt eine dominierende Rolle für die wirtschaftliche Lage der Stadtsparkasse Magdeburg. Ein moderater Zinsanstieg bei nicht inverser Zinsstruktur würde langfristig zu einer Verbesserung des Zinsüberschusses führen. Die damit einhergehenden Bewertungserfordernisse im Wertpapiergeschäft sind gemäß der Risikotragfähigkeitsberechnung tragbar.

Ein drastischer Zinsanstieg, vor allem in den langen Laufzeiten, würde hingegen ein Risiko bergen, aus dem ein erheblicher Abschreibungsbedarf im Bewertungsergebnis Wertpapiere resultieren würde. Zudem sind Umschichtungen der Kundeneinlagen in einem Maße zu erwarten, welche nicht in den Annahmen zur Bilanzstruktur, zur Margenentwicklung und in der Folge zum Zinsüberschuss berücksichtigt sind. Es wäre mit einem erhöhten Zinsspannenrisiko zu rechnen.

Signifikante Risiken für die Entwicklung der Ertragslage ergeben sich auch aus einer andauernden Niedrigzinsphase. Die Fortsetzung der EZB-Politik bezüglich Anleihekäufe wird sich negativ auf die Entwicklung der Zinserträge auswirken, weil die Möglichkeit abnimmt, Anleihespreads bei angemessenem Risiko zu generieren. Beide Effekte bergen im Hinblick auf die Bilanzstruktur der Stadtsparkasse Magdeburg, die durch einen hohen Anteil an festverzinslichen Beständen in Wertpapieranlagen und Kundenkrediten geprägt ist, besondere Risiken.

Bei den Eigenanlagen bestehen weitere Chancen in einer Anpassung der derzeit niedrigen Risikoaufschläge einzelner Assetklassen an ein durchschnittliches beziehungsweise faires Niveau.

3.7 Gesamtrisikolage

Das Gesamtbankrisiko war im Jahr 2016 jederzeit durch das vom Vorstand bereitgestellte Risikodeckungspotenzial abgedeckt und es war sichergestellt, dass ausreichend Risikodeckungsmasse für den der Limitierung zugrunde liegenden Risikofall verfügbar war.

Im Einklang mit den strategischen Zielen wurden Maßnahmen zur Ertragssteigerung durchgeführt, die aber die Einhaltung der Limite zu keinem Zeitpunkt gefährdet haben.

Die Eigenkapitalanforderungen werden gemäß den Anforderungen der CRR ermittelt. Die Berechnung des Kreditrisikos erfolgt dabei über den Kreditrisikostandardansatz. Unter Berücksichtigung der operationellen Risiken (Basisindikatoransatz) wird per 31.12.2016 eine Gesamtkapitalquote von 17,1 Prozent erreicht, die den aufsichtsrechtlichen Mindestwert deutlich übersteigt.

Das Risiko für die betrachteten Stressszenarien lag zum Jahresende unterhalb des Schwellenwertes, der einen Liquidationsfall zur Folge gehabt hätte. Dies gilt auch für den Stresstest Konjunktureller Abschwung. Der Eintritt des Szenarios, das im Inversen Stresstest zum Liquidationsfall führt, wird als wenig wahrscheinlich eingestuft. Aus den Stresstests ergibt sich kein Handlungsbedarf.

Für die Risikokonzentrationen ergaben sich im Jahr 2016 keine signifikanten Veränderungen zum Vorjahr. Die Risikokonzentrationen werden als tragbar eingestuft und in der Risikosteuerung berücksichtigt.

Die Sparkasse steuert ihre Risiken derart, dass dem Geschäftsumfang und der Geschäftskomplexität ausreichend Rechnung getragen ist. Im Geschäftsjahr 2016 lag zu keinem Zeitpunkt eine Gefährdung der Risikotragfähigkeit vor.

Die Instrumente, Methoden und Parameter der Risikomessung wurden überprüft und in den Bereichen Bewertungsergebnis Kredit, Bewertungsergebnis Wertpapiergeschäft, einschließlich Adressausfallrisiko und Migrationsrisiko, Bewertungsergebnis Sonstige und Zinsergebnis kontinuierlich weiterentwickelt. Die Qualität der Risikosteuerung unterliegt einer laufen-

den internen Kontrolle und wird regelmäßig durch die interne Revision geprüft.

Die Geschäfts- und Risikostrategie der Stadtsparkasse Magdeburg lassen bei Eintritt der Prämissen und bei Umsetzung der geplanten Maßnahmen eine weitere Stärkung des Eigenkapitals zu, die den aufsichtsrechtlichen Anforderungen Rechnung trägt und mit einem Going Concern-Anspruch vereinbar ist. Vorausgesetzt wird dabei eine relativ stabile Entwicklung der Konjunktur und der Finanzmärkte. Andernfalls können negative Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht ausgeschlossen werden.

4 Prognosebericht

Die nachfolgenden Einschätzungen für die Entwicklung der Jahre 2017 und 2018 haben Prognosecharakter. Der Prognosezeitraum beträgt zwei Jahre statt wie im Vorjahr ein Jahr. Die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse können wesentlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Die Darstellung der Ergebnisprognose basiert auf der internen, steuerungsrelevanten Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung.

4.1 Konjunkturentwicklung

Die Stadtsparkasse Magdeburg stützt ihre Prognose zur konjunkturellen Entwicklung für die Jahre 2017 und 2018 auf den Einschätzungen der deutschen Bundesbank in ihrem „Monatsbericht Dezember 2016“ sowie den Umfragen der Industrie- und Handelskammern Sachsen-Anhalts.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem soliden Aufschwung. Hauptstütze ist die lebhafte Binnennachfrage, die von der günstigen Arbeitsmarktlage und steigenden Einkommen der privaten Haushalte profitiert. In den kommenden Jahren trüben sich die gegenwärtig für den privaten Konsum sehr vorteilhaften Rahmenbedingungen allerdings etwas ein. Die Beschäftigung dürfte demografisch bedingt weniger dynamisch zulegen, und steigende Energiepreise schmälern die Kaufkraft der Verbraucher. Die Auslandsgeschäfte, die im kommenden Jahr noch unter dem verhaltenen Wachstum des Welthandels leiden, dürften sich zwar im Einklang mit der Entwicklung der Absatzmärkte der deutschen Exporteure langsam verstärken, sie werden aber voraussichtlich keinen vollständigen Ausgleich für die weniger schwungvolle Binnenkonjunktur bieten.

In diesem Szenario könnte die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr kalenderbereinigt um 1,8 Prozent wachsen und 2018 mit 1,6 Prozent etwas weniger stark zulegen. Das Expansionstempo übersteigt damit spürbar die Wachstumsrate des Produktionspotenzials. Dies geht mit zunehmenden Engpässen am Arbeitsmarkt einher, die durch die ungünstige demografische Entwicklung verstärkt werden und höhere Lohnsteigerungen zur Folge haben dürften. Bei den Staatsfinanzen sind ohne neue expansive Maßnahmen auch perspektivisch Überschüsse angelegt, die aber etwas geringer als im Vorjahr ausfallen dürften. Dahinter steht eine expansive fiskalische Ausrichtung, die allerdings durch positive Konjunktüreinflüsse und sinkende Zinslasten verdeckt wird. Die Schuldenquote dürfte kontinuierlich sinken und könnte im Jahr 2019 die Grenze von 60 Prozent erreichen. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) könnte sich die Preissteigerungsrate von 0,3 Prozent in 2016 auf 1,4 Prozent im kommenden Jahr erhöhen. Darin enthalten sind die volatilen Energiekosten. Die Auswirkungen dieser Entwicklung werden sich in den nächsten Jahren weiter bemerkbar machen. Unter anderem ist ein Anstieg der Arbeitskosten zu erwarten. Die Inflationsrate könnte sich in 2018 auf 1,7 Prozent erhöhen.

Auch wenn für das laufende Jahr in den USA zwei weitere Leitzinsanhebungsschritte der Federal Reserve Bank erwartet werden und sich sowohl im Euro-Raum als auch in Deutschland die Inflationsrate dem ausgegebenen Ziel der EZB nähert, ist vor dem Hintergrund der weiterhin bestehenden Schuldenkrise vieler Euro-Staaten mit einer Leitzinserhöhung im Euro-Raum nicht zu rechnen. Somit ist auch für das Jahr 2017 ein Andauern der Niedrigzinsphase zu erwarten. Die Sparkasse geht daher weiterhin von einer seitwärts verlaufenden Zinsentwicklung bei flacher Zinsstruktur aus.

Vor dem Hintergrund dieser Prognosen ist auch für die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt mit positiven Wachstumschancen für 2017 und 2018 zu rechnen, wenn auch – wie bereits in den Vorjahren – in leicht schwächerem Maße als bei der gesamtdeutschen Entwicklung. Positive Effekte sollten sich auch bei der Arbeitsmarktsituation in Sachsen-Anhalt und Magdeburg einstellen, so dass für die Prognosejahre weiterhin eine leichte Verbesserung der Arbeitslosenquote erwartet werden kann. Nach Umfragewerten hält die Hochstimmung im Baugewerbe weiter an. Die Sonderfaktoren in Form niedriger Zinsen und einer gestiegenen Kaufkraft sorgen hier für

eine anhaltend hohe Nachfrage. Aber auch die Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten profitieren von diesen Rahmenbedingungen.

Grundlage der gesamten Einschätzung ist das aktuell vorherrschende stabile wirtschaftliche Umfeld. Risiken, wie die Unsicherheit über mögliche Auswirkungen des „Brexit“ auf den Euro-Raum, die Politik des amerikanischen Präsidenten und auch die andauernden geopolitischen Konflikte (Ukraine, Syrien und Irak) sowie der Terrorismus, bilden eine Gefahr für die Lage der Weltwirtschaft. Ein unerwarteter Konjunktüreinbruch, ein Auseinanderdriften der EU als Ergebnis anstehender Wahlen in wichtigen europäischen Ländern, erneute Finanzmarkturbulenzen sowie ein erneutes Aufflammen der griechischen Schuldenkrise könnten ebenso für Verunsicherung an den weltweiten Finanzmärkten sorgen mit negativen Folgen für die gesamte Weltwirtschaft.

4.2 Geschäftsentwicklung

Bei der mittelfristigen Unternehmensplanung geht die Stadtsparkasse Magdeburg in den Jahren 2017/2018 von einem Zuwachs bei den Kundeneinlagen in Höhe von nahezu 2,0 Prozent pro Jahr aus, wobei die Kundenpräferenz weiterhin bei variabel verzinslichen Produkten liegt. Die geringe Risikoneigung der Kunden lässt nur einen moderaten Ausbau bei den Kundenwertpapieren zu.

Im Kreditgeschäft planen wir vor dem Hintergrund der Zuwächse in 2016 für 2017 einen moderaten Ausbau. Erwartete Rückführungen im kommunalen Geschäft sollen dabei durch den Ausbau von gewerblichen Krediten kompensiert werden. Auch der Bestand an Schuldscheindarlehen soll ausgeweitet werden. Im Kreditgeschäft mit Privatkunden wird eine Fortsetzung des Wachstumstrends unterstellt. Der Gesamtzuwachs beträgt für 2017 gemäß Planung 4,2 Prozent. Für 2018 wird mit einem Bestandsausbau von 5,6 Prozent geplant. Bei den Eigenanlagen wird ein weiterer Ausbau der Assetklasse Immobilien im Rahmen eines bestehenden Spezialfondsmandats umgesetzt. Hier wird ein Gesamtvolumen von 100,0 Mio. Euro angestrebt. Dieser Zuwachs reduziert in Kombination mit den Planungen zum Kreditgeschäft den Anlagebedarf in verzinslichen Wertpapieren.

4.3 Ergebnisprognose

Die nachfolgenden Ergebnisprognosekennzahlen für 2017 und 2018 geben den Stand unserer Mittelfristigen Unternehmensplanung vom November

2016 wider. Als Bezugspunkt für die Bewertung der Veränderung gilt der Jahresabschluss 2016.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird sich gegenüber 2016 abschwächen, aber mit 0,84 Prozent der DBS in 2017 beziehungsweise 0,81 Prozent der DBS in 2018 auf einem auskömmlichen Niveau bleiben. Die durchschnittliche Bilanzsumme wird gemäß Planung bei dem geplanten Zuwachs in den Kundeneinlagen leicht steigen.

Der Zinsüberschuss stellt unverändert einen wesentlichen Erfolgsbeitrag dar. Die Sparkasse erwartet einen Rückgang der Zinsspanne von 1,92 in Prozent der DBS in 2016 auf 1,79 Prozent der DBS in 2017, bei Fortsetzung dieses Trends in 2018 auf 1,66 Prozent der DBS.

Der prognostizierte Rückgang im Zinsergebnis ist hauptsächlich auf den Rückgang der Zinserträge zurückzuführen. Die Wiederanlage der Fälligkeiten erfolgt aufgrund des niedrigen Zinsniveaus mit geringeren Zinssätzen. Die Zinsaufwendungen werden nicht nennenswert weiter sinken, weil aufgrund der aktuellen Kundenkonditionen in der Niedrigzinsphase ein Zinssenkungsspielraum kaum noch gegeben ist. Für Gewerbliche Kunden mit Einlagen ab 500 TEUR wurde ein Verwarentgelt eingeführt, dessen Ergebniswirkung in die Prognose eingeflossen ist.

Das für 2017/2018 geplante Provisionsergebnis wird sich von 0,71 Prozent der DBS in 2016 auf 0,72 Prozent der DBS erhöhen. Es wird unterstellt, dass Rückgänge bei den Provisionen aus Zahlungsverkehr durch die Intensivierung des Verbundgeschäftes, insbesondere bei den Erträgen aus dem Versicherungs- und Wertpapiergeschäft, kompensiert werden können.

Der geplante Personalaufwand reduziert sich in 2017 um 2,7 Prozent und in 2018 um 3,3 Prozent. Dabei sind tarifgebundene Lohnsteigerungen von 2,35 Prozent berücksichtigt. Ursache für den Kostenrückgang ist ein Personalbestandsabbau in Höhe von insgesamt 19 Mitarbeiterkapazitäten. Personelle Anpassungen, wie beispielsweise in Folge des Projektes zur Geschäftsstellenoptimierung, und Prozessveränderungen bewirken, dass sich Tarifanpassungen nur unterproportional auswirken. Der Personalaufwand wird bei dieser Entwicklung von 1,14 Prozent der DBS im Jahr 2016 auf 1,02 Prozent der DBS in 2018 sinken.

Beim Sachaufwand ist nach den Planaussagen ein deutlicher Anstieg im Jahr 2017 um 13,8% zu erwarten. Dieser resultiert zum einen aus einem Einmaleffekt für Instandhaltung eigener Gebäude sowie zum anderen aus geplanten deutlichen Kostensteigerungen für Dienstleistungen Dritter. Im Jahr 2018 wird ein Rückgang gegenüber 2017 um 6,1% erwartet, der sich unter anderem auch aus der Reduzierung der Aufstockungsbeträge für Altersteilzeit ergibt.

Die zukünftige Ergebnisentwicklung wird aufgrund einer sinkenden Zinsspanne und bei steigenden Risikobeiträgen rückläufig sein. Geringere Kosten sowie höhere Provisionserträge werden die negativen Effekte aus der Zinsüberschussentwicklung nicht vollständig kompensieren. Für das Jahr 2017 und 2018 wird eine Betriebsergebnisentwicklung erwartet, die zu einem Betriebsergebnis vor Bewertung leicht unterhalb des Wertes des Jahres 2016 führen wird. Die Cost-Income-Ratio als Kennzahl für die Aufwands- und Ertragsrelation wird sich durch stetig sinkende Erträge, denen im geringeren Ausmaß sinkende Aufwendungen gegenüberstehen, von derzeit 64,9 Prozent auf 67,1 Prozent in 2017 und 66,7 Prozent in 2018 erhöhen. Im Kreditgeschäft wird mit einem deutlich erhöhten Bewertungsaufwand gerechnet. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der gesamtwirtschaftlichen Konjunkturentwicklung insbesondere durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Für das Bewertungsergebnis Wertpapiere wird in den nächsten beiden Jahren ein leicht negativeres Ergebnis prognostiziert. Die Gefahr von Abschreibungen auf den Wertpapierbestand ist aufgrund der Erwartung eines konstanten Zinsniveaus in Verbindung mit den vorhandenen stillen Reserven als gering einzuschätzen. Im Bewertungsergebnis Sonstige wird nicht mit weiteren Bewertungserfordernissen gerechnet, da sich aktuell keine konkreten Anzeichen für einen weiteren Abschreibungsbedarf ergeben. Das verfügbare Ergebnis wird nach den Planungen im Jahr 2017 deutlich höher ausfallen. 2018 wird sich das verfügbare Ergebnis rückläufig entwickeln, aber über dem Niveau des Jahres 2016 liegen.

Die schrittweise steigenden Anforderungen an Qualität und Quantität der Eigenkapitalausstattung im Rahmen von Basel III, ergänzt um die SREP-Aufschläge, können auch 2017/2018 erfüllt werden; dennoch werden hierdurch die Handlungsspielräume mittelfristig zwangsläufig eingeschränkt. Dies äußert sich in einer Verringerung des freien Risikodeckungspotentials, das im Going Concern-Ansatz zur Abdeckung der Risikolimiten zur Verfügung steht.

4.4 Gesamtaussage

Die Geschäftsentwicklung der kommenden beiden Jahre führt nach unseren Planungen zu einer Ertragsituation, die noch zufriedenstellend ist. Bei Eintritt der Prognose werden wir ein Betriebsergebnis erzielen, das ausreicht, um das Eigenkapital weiterhin zu stärken. Eine Beeinträchtigung der zukünftigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist nicht zu erkennen. Das Risikosteuerungssystem ist darauf ausgelegt, bei kritischen Abweichungen von den Planwerten rechtzeitig Signale zu liefern. Das Risikodeckungspotential reicht aus, um die über die aktuelle Limitierung abgedeckten Risiken aufzufangen. Für die Jahre 2017 und 2018 ist unter derzeitigen Gegebenheiten kein Engpass hinsichtlich der Risikotragfähigkeit zu erwarten.

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass die Zahlungsbereitschaft jederzeit gewährleistet ist.

Magdeburg, den 21.04.2017

hardt

Horst Eckert

Jens Eck-

Vorstand

Abkürzungsverzeichnis

A

Abs. Absatz

a. F. alte Fassung

B

BaFin Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

C

CRD Capital Requirements Directive

CRR Capital Requirements Regulation

D

DBS Durchschnittliche Bilanzsumme

DEKA Rechts Dekabank Deutsche Girozentrale, Anstalt des öffentlichen

E

ETF Exchange Traded Funds, der börsengehandelte Indexfonds

EZB Europäische Zentralbank

G

GmbH Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GuV Gewinn- und Verlustrechnung

H

HGB Handelsgesetzbuch

K

KWG Kreditwesengesetz

L

LCR Liquidity Coverage Ratio

M

MaRisk Mindestanforderungen für die Ausgestaltung des Risikomanagements der Kreditinstitute

Mio. Millionen

Mrd. Milliarden

N

NORD/LB Norddeutsche Landesbank

Nr. Nummer

O

OE Organisationseinheit

OSPlus One System Plus

OSV Ostdeutscher Sparkassenverband

S

SREP Supervisory Review and Evaluation Process, der aufsichtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess

T

TEUR Tausend Euro

Z

z. B. zum Beispiel

Stadtsparkasse Magdet

Aktivseite	Jahresbilanz zum 31. De			31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1.Barreserve				
a) Kassenbestand			15.289.604,16	15.532
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			73.531.442,48	59.450
			88.821.046,64	74.982
2.Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisung sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen			0,00	0
b) Wechsel			0,00	0
			0,00	0
3.Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			31.146.180,71	54.416
b) andere Forderungen			10.000.000,00	30.019
			41.146.180,71	84.435
4.Forderungen an Kunden			1.020.376.167,78	857.905
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	388.317.219,03			(357.121)
Kommunalkredite	182.033.755,32			(117.925)
5.Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00			(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00			(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		359.129.249,03		409.307
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	354.475.859,06			(409.307)
bb) von anderen Emittenten		415.580.577,01		426.244
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	415.580.577,01			(426.244)
			774.709.826,04	835.551
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	0
Nennbetrag	0,00			(0)
			774.709.826,04	835.551
6.Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapier			323.110.075,76	280.597
6a. Handelsbestand			0,00	0
7.Beteiligungen			15.422.213,18	15.477
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	725.489,03			(725)
8.Anteile an verbundenen Unternehmen			26.000,00	26
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00			(0)
9.Treuhandvermögen			0,00	0
darunter:				
Treuhandkredite	0,00			(0)
10.Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand				
Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11.Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00	0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			28.089,00	67
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00	0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	0
			28.089,00	67
12.Sachanlagen			20.775.501,30	22.204

13.Sonstige Vermögensgegenstände	830.355,69	1.860
14.Rechnungsabgrenzungsposten	1.049.171,86	1.042
15.Aktive latente Steuern	0,00	0
16.Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensver	0,00	0
Summe der Aktiva	2.286.294.627,96	2.174.145

Stadtsparkasse Magdet

	Passivseite			31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig			57.585,21	33
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			37.661.976,28	35.798
			37.719.561,49	35.831
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	377.379.579,31			371.758
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	451.715.078,07			469.229
		829.094.657,38		840.987
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	1.200.420.238,63			1.088.948
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6.200.156,86			9.252
		1.206.620.395,49		1.098.200
			2.035.715.052,87	1.939.186
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00	0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			0,00	0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00			(0)
			0,00	0
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			0,00	0
darunter:				
Treuhandkredite	0,00			(0)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			422.265,98	538
6. Rechnungsabgrenzungsposten			294.362,59	85
6a. Passive latente Steuern			0,00	0
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflich		5.487.240,00		5.337
b) Steuerrückstellungen		1.760.585,00		771
c) andere Rückstellungen		14.127.339,40		8.464
			21.375.164,40	14.573
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genusrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			88.000.000,00	82.000
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital			0,00	0
b) Kapitalrücklage			0,00	0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	100.931.641,42			99.557
cb) andere Rücklagen		0,00		0
		100.931.641,42		99.557
d) Bilanzgewinn		1.836.579,21		2.374
			102.768.220,63	101.932
Summe der Passiva			2.286.294.627,96	2.174.145
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abj			0,00	0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleis			40.558.668,63	29.577
Über eine weitere, nicht quantifizierbare Eventualvert				
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für frei			0,00	0
			40.558.668,63	29.577
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsg			0,00	0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			0,00	0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		117.060.399,01		108.476
			117.060.399,01	108.476

Stadtsparkasse Magdet

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2015 TEUR
1.Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		30.142.812,13		30.992
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		13.966.113,88		17.536
			44.108.926,01	48.528
2.Zinsaufwendungen			4.627.024,91	6.868
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	5.784,47			(12)
				41.661
3.Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapier			4.355.617,96	4.356
b) Beteiligungen			318.462,17	1.179
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00	0
			4.674.080,13	5.535
4.Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5.Provisionserträge			16.598.016,17	14.279
6.Provisionsaufwendungen			725.247,01	680
				13.599
7.Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
darunter: Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem F	0,00			(0)
8.Sonstige betriebliche Erträge			1.947.326,51	3.145
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	0,00			(0)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00			(0)
9.(weggefallen)				
			61.976.076,90	63.940
10.Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		20.627.454,42		20.671
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		4.665.702,81		5.196
darunter:				
für Altersversorgung	966.557,34			(1.481)
			25.293.157,23	25.867
b) andere Verwaltungsaufwendungen			17.504.344,77	11.536
				37.403
11.Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			2.065.214,35	2.030
12.Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.686.327,89	3.190
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	0,00			(0)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	214.145,15			(739)
13.Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			190.649,81	6.198
14.Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	0
			190.649,81	6.198
15.Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00	419
16.Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			240.620,82	0
			240.620,82	419
17.Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18.Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds fü			6.000.000,00	4.000
19.Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			9.477.003,67	10.699
20.Außerordentliche Erträge			0,00	0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsm	0,00			(0)
21.Außerordentliche Aufwendungen			0,00	0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsm	0,00			(0)
22.Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23.Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			7.376.949,87	8.058
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 27	0,00			(0)
24.Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausge			263.474,59	266
				8.325
25.Jahresüberschuss			1.836.579,21	2.374
26.Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			1.836.579,21	2.374

27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00		0
b) aus anderen Rücklagen	0,00		0
		0,00	0
		1.836.579,21	2.374
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00		0
b) in andere Rücklagen	0,00		0
		0,00	0
29. Bilanzgewinn		1.836.579,21	2.374

Anhang

zum Jahresabschluss 2016 der Stadtparkasse Magdeburg

0. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Stadtparkasse Magdeburg wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) aufgestellt.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die den reibungslosen Geschäftsablauf und die prognostizierten Ergebnisse der nächsten zwei Jahre beeinträchtigen können, sind aus heutiger Sicht nicht bekannt.

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden ergänzenden Vorschriften (§§ 340 ff. HGB).

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden haben wir mit dem Nennwert bilanziert. Bei Darlehen wird der Differenzbetrag zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag in die Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite aufgenommen. Die erfolgswirksame Auflösung erfolgt grundsätzlich laufzeit- und kapitalanteilig. Im Fall von Festzinsvereinbarungen erfolgt die Verteilung auf die Dauer der Festzinsbindung.

Von Dritten erworbene Schuldscheinforderungen wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Bei den Forderungen an Kunden wurde dem akuten Ausfallrisiko durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Auf den latent gefährdeten Forderungsbestand wurden angemessene Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt, basierend auf den Erfahrungswerten der Vergangenheit. Soweit die Gründe für eine Wertberichtigung nicht mehr bestehen, sind Zuschreibungen (Wertaufholungen) bis zu den Zeit- bzw. Nominalwerten vorgenommen worden.

Wertpapiere

Bei Wertpapieren in Girosammelverwahrung wurden die Anschaffungskosten bei gleicher Wertpapiergattung nach der Durchschnittsmethode ermittelt. Während die Bewertung der Wertpapiere der Liquiditätsreserve zum strengen Niederstwertprinzip erfolgte, sind die Wertpapiere des Anlagevermögens zu den Anschaffungskosten bzw. zu den fortgeführten Buchwerten angesetzt worden. Bei den Wertpapieren des Anlagebestands haben wir Abschreibungen vorgenommen, sofern die Wertminderungen dauerhaft erscheinen. Wertaufholungen wurden durch Zuschreibungen auf den höheren Kurs, maximal bis zu den Anschaffungskosten aber höchstens bis pari, berücksichtigt.

Bei der Bewertung von Wertpapieren wurde der beizulegende Wert aus dem Börsenpreis bestimmt.

Bei den im Bestand gehaltenen Spezialfonds und Anteilen an Investmentvermögen ist für die Bewertung der Buchwert unter Berücksichtigung des nach investimentrechtlichen Grundsätzen bestimmten Rücknahmepreises maßgeblich.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu den Anschaffungskosten oder fortgeführten Buchwerten bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagevermögen

Entgeltlich erworbene Software wurde nach den Vorgaben des IDW-Rechnungslegungsstandards "Bilanzierung von Software beim Anwender" (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten "Immaterielle Anlagewerte" ausgewiesen. Immaterielle Anlagewerte sind bei Anschaffungskosten von mehr als 410,00 Euro (zzgl. Umsatzsteuer) mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt worden, wobei eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 3 Jahren zugrunde gelegt wurde.

Die planmäßigen Abschreibungen für Gebäude des Anlagevermögens wurden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von 8 bis 50 Jahren vorgenommen.

Bei Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen des Anlagevermögens erfolgten die planmäßigen Abschreibungen soweit möglich degressiv, ansonsten linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer in Anlehnung an die amtlichen AfA-Tabellen.

Bei Mieterein- und -umbauten erfolgte die Abschreibung entsprechend der voraussichtlichen Mietdauer bzw. nach der kürzeren betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150,00 Euro (zzgl. Umsatzsteuer) sowie Software mit Anschaffungskosten bis 410,00 Euro (zzgl. Umsatzsteuer) sind im Erwerbsjahr voll abgeschrieben worden. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten über 150,00 Euro bis 1.000,00 Euro (zzgl. Umsatzsteuer) wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über 5 Jahre linear gewinnmindernd aufzulösen ist.

Die bei Gebäuden in Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen nach steuerlichen Vorschriften (Sonderabschreibungen nach dem FördG) wurden gemäß Art. 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften teilweise fortgeführt.

Aufgrund der in früheren Geschäftsjahren vorgenommenen steuerrechtlichen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen – unter Inanspruchnahme der Übergangsregelung des Art. 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB – und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwandes liegt der ausgewiesene Jahresüberschuss um 269 TEUR über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Unsere Vorräte an Büromaterial und Vordrucken haben wir mit einem Festwert bilanziert.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert worden.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Künftige Preis- und Kostensteigerungen wurden berücksichtigt. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Von dem Abzinsungswahlrecht, bei einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger abzuzinsen, wurde kein Gebrauch gemacht.

Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen entsprechend

dem Teilwertverfahren auf der Grundlage der Richttafeln 2005G von Dr. Klaus Heubeck unter Berücksichtigung der zukünftig erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen von 1,90 % sowie Rentensteigerungen von 1,90 % ermittelt. Die Rückstellungen für Pensionen wurden erstmals mit einem von der Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und die Rückstellung für pensionsähnliche Verpflichtungen mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz von sieben Geschäftsjahren abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Rechnungszinssatz für Pensionen beträgt 4,00 %; der Rechnungszinssatz für pensionsähnliche Verpflichtungen beträgt 3,24 %.

Bei der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für pensionsähnliche Verpflichtungen wurde unterstellt, dass sich der Verpflichtungsumfang sowie der Rechnungszinssatz erst zum Ende der Periode ändern.

Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für pensionsähnliche Verpflichtungen wurden im sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst.

Der Rückstellungsbetrag für die Verpflichtungen aus abgeschlossenen Altersteilzeitvereinbarungen wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung der zukünftig erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,60 % ermittelt und für eine durchschnittliche Restlaufzeit von 2,41 Jahren mit einem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 1,73 % abgezinst.

Die Stadtparkasse Magdeburg ist aufgrund des Tarifvertrages über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Altersvorsorge-TV-Kommunal) vom 01. März 2002 verpflichtet, für die anspruchsberechtigten Beschäftigten und Auszubildenden eine zur Versorgung führende Versicherung bei einer kommunalen Zusatzversorgungskasse, im folgenden ZVK genannt, abzuschließen.

Die Stadtparkasse Magdeburg erfüllt diese Verpflichtung durch die Anmeldung der anspruchsberechtigten Mitarbeiter bei der Zusatzversorgungskasse Sachsen-Anhalt (Kasse) mit Sitz in Magdeburg.

Die Kasse ist eine kommunale Zusatzversorgungseinrichtung im Sinne des § 18 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG).

Das Kassenvermögen wird als nicht rechtsfähiges Sondervermögen getrennt vom sonstigen Vermögen des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen-Anhalt geführt.

Die Kasse erhebt von den Arbeitgebern als Beteiligten Umlagen. Der Umlagesatz wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen für einen Deckungsabschnitt festgesetzt und betrug im Jahr 2016 1,50 %. Daneben werden Zusatzbeiträge im Kapitaldeckungsverfahren (§ 18 BetrAVG) erhoben. Dieser Zusatzbeitrag betrug im Jahr 2016 vom 1. Januar bis 30. Juni 4,00 % und ab dem 1. Juli 2016 4,40 %. Davon beträgt der Arbeitnehmeranteil 2,00 % vom 1. Januar bis 30. Juni und 2,20 % ab dem 1. Juli. Dadurch vermindert sich der Gesamtbeitragssatz des Arbeitgebers zur Kapitaldeckung um 2,00 % bzw. 2,20 %.

Unter Berücksichtigung der aktuellen biometrischen Rechnungsgrundlagen (Heubeck Richttafeln 2005 G) und eines Rechnungszinses von 3,25 % entfallen auf die Stadtparkasse Magdeburg zum 31.12.2015 nicht ausfinanzierte Verpflichtungen in Höhe von 6.655 TEUR. Gemäß § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung), soweit die ZVK die vereinbarten Leistungen nicht erbringt, wofür derzeit aber keine Anhaltspunkte vorliegen.

Für den zusätzlichen Zinsaufwand bei Spareinlagen mit steigender Verzinsung haben wir durch die Bildung von Rückstellungen Vorsorge getroffen.

Für unterlassene Instandhaltungen, die in den ersten drei Monaten des folgenden Geschäftsjahres erfolgen, wurden Rückstellungen gebildet.

Die übrigen Rückstellungen wurden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die übrigen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden und von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst. Bei Restlaufzeiten zwischen zwei und 39 Jahren ergeben sich Zinssätze zwischen 1,71 % und 3,30 %. Bei der Ermittlung der im Zusammenhang mit der Rückstellungsbewertung entstehenden Aufwendungen und Erträge wurde davon ausgegangen, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt, so dass der Buchwert der Verpflichtungen mit dem Zinssatz zum Ende der Periode aufgezinst wurde. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des

Verpflichtungsumfanges; bei einem teilweisen Verbrauch der Rückstellung vor Ablauf der Restlaufzeit gilt die Annahme, dass dieser Verbrauch erst zum Ende der jeweiligen Periode in voller Höhe erfolgt.

Aufwendungen aus der Aufzinsung der anderen Rückstellungen wurden im sonstigen betrieblichen Aufwand sowie die Rückstellungen für Sparprodukte betreffend im Zinsergebnis erfasst.

Aus der Beteiligung des Sparkassenbeteiligungsverbandes Sachsen-Anhalt an der Norddeutschen Landesbank und der Öffentlichen Feuerversicherung Sachsen-Anhalt hat sich aufgrund einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung Bewertungsaufwand ergeben, der zu einem Haushaltsdefizit führt. Für den auf die Stadtparkasse Magdeburg entfallenden Betrag von 5.868 TEUR wurde eine Rückstellung gebildet.

Im Zusammenhang mit der Unterbeteiligung des Ostdeutschen Sparkassenverbandes (Unterbeteiligter) an einer Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG hat die Sparkasse die Verpflichtung übernommen, anteilig für den anfallenden Aufwandsersatz (Zinsen und Darlehensverbindlichkeiten) einzustehen. Für den erwarteten Aufwandsersatz wird die in den Vorjahren gebildete Rückstellung i.H.v. 272 TEUR fortgeführt.

Aus der Unterbeteiligung des Ostdeutschen Sparkassenverbandes (Unterbeteiligter) an einer Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG hatte sich beim Ostdeutschen Sparkassenverband (OSV) aufgrund von dauerhaften Wertminderungen ein Bewertungsaufwand ergeben. Die Verbandsgeschäftsführung hatte im Jahr 2013 beschlossen, bei den Mitgliedsparkassen für den Verlustausgleich des OSV eine Sonderumlage zu erheben. Für den im Jahr 2017 noch zu erwartenden Umlagebetrag besteht die in den Vorjahren gebildete Rückstellung i.H.v. 718 TEUR fort. Weiterhin wurde zum 31.12.2016 eine Rückstellung zur Finanzierung einer Kapitalerhöhung des OSV zum Ausgleich von Verlusten des Jahres 2010 gebildet. Auf die Ausführungen unter II. Erläuterungen zur Jahresbilanz, Posten: Passiva unter dem Strich, 1. Eventualverbindlichkeiten wird verwiesen.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Es besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB.

Strukturierte Produkte

Die strukturierten Produkte (Forward-Darlehen, Forward-Zinsvereinbarungen, festverzinsliche Darlehen mit Sondertilgungsrechten, Sparprodukte mit Sonderkündigungsrechten, variable verzinsten Schuld-scheindarlehen mit Zinsuntergrenze, Schuld-scheindarlehen mit Make

Whole Klausel im Vertrag, Floating Rate Notes mit Zinsuntergrenze) wurden einheitlich ohne Abspaltung der Nebenrechte bilanziert.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuch)

Alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands (Bankbuch) wurden in eine Gesamtbetrachtung einbezogen, der die Methodik der barwertorientierten Betrachtungsweise zugrunde liegt. Nach dem Prinzip der verlustfreien Bewertung von Zinsrisiken im Jahresabschluss von Kreditinstituten ergibt sich die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur insoweit, als dass der Buchwert des Bankbuchs größer ist als der Barwert des Bankbuchs.

Aus der Überprüfung zum Bilanzstichtag ergab sich kein Rückstellungsbedarf für Zinsänderungsrisiken, da der (Netto-)Buchwert aller zinstragenden Positionen durch den kongruent ermittelten (Netto-)Barwert unter Berücksichtigung der dem Zinsbuch zurechenbaren Risiko- und Verwaltungskosten überdeckt wurde.

Währungsumrechnung

Auf Fremdwährung lautende Bargeldbestände wurden mit den Devisenkassamittelkursen am Bilanzstichtag bewertet.

Die Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

II. Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivseite:

Posten 1: Barreserve

In diesem Posten sind enthalten:

Fremdwährungsbestände

16

TEUR

Posten 3: Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an die eigene Girozentrale: 3.696
TEUR

Posten 4: Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an Kunden mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Bestand am Bilanzstichtag

40.745 TEUR

Bestand am 31.12. des Vorjahres

43.372 TEUR

Posten 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert

754.260 TEUR

nicht börsennotiert

13.940 TEUR

Nicht mit dem Niederstwertprinzip bewertet wurden Wertpapiere mit

Buchwert

6.494 TEUR

Beizulegender Zeitwert

6.434 TEUR

Dem Anlagevermögen werden alle Papiere zugeordnet, die folgende Kriterien nicht erfüllen:

- alle Staaten außerhalb der EWU
- alle Pfandbriefe von Emittenten außerhalb der EWU
- Floater
- Ursprungs- oder Restlaufzeit von unter einem Jahr zum Zeitpunkt des Erwerbs.

Es handelt sich bei den nicht zum Niederstwert bewerteten Wertpapieren um festverzinsliche Schuldverschreibungen, die zum Nennbetrag eingelöst werden. Eine Wertminderung aufgrund des veränderten Zinsniveaus (Zinsanstieg) ist nicht als dauerhafte Wertminderung anzusehen, weil sich zwischenzeitliche Wertschwankungen bis zur Einlösung der Wertpapiere wieder ausgleichen.

Posten 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Sparkasse hält an folgendem Investmentvermögen mehr als 10,0 % der Anteile:

Klassifizierung nach Anlagezielen	<u>Buchwert</u> - TEUR -	<u>Marktwert/</u> <u>Anteilwert</u> - TEUR -	<u>Differenz</u> <u>zwischen Marktwert</u> <u>und Buchwert</u> - TEUR -	<u>(Ertrags-)</u> <u>Ausschüttun-</u> <u>gen</u> <u>in 2016</u> - TEUR -
Rentenfonds	272.250	287.856	15.606	4.300
Immobilienfonds	49.161	50.088	927	0

Die dargestellten Fonds unterlagen zum Bilanzstichtag keiner Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

Die Fonds sind nicht börsenfähig.

Posten 7: Beteiligungen

Es wird auf den Beteiligungsspiegel verwiesen.

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung von einzelnen Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wurde auf

die Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB i.V.m. § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB verzichtet.

Posten 8: Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung des Tochterunternehmens für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wurde auf die Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB i.V.m. § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB verzichtet.

Ein Konzernabschluss wurde gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht aufgestellt, da die Mehrheitsbeteiligung an dem Tochterunternehmen S-Service GmbH Magdeburg von untergeordneter Bedeutung für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist.

Posten 12: Sachanlagen

Die für sparkassenbetriebliche Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude

haben einen Bilanzwert in Höhe von
14.448 TEUR

Der Bilanzwert der Betriebs- und
Geschäftsausstattung beträgt
1.678 TEUR

Posten 15: Aktive latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestehen zum 31. Dezember 2016 aktive Steuerlatenzen, die in den nächsten Jahren voraussichtlich zu Steuerentlastungen führen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen, die aus Abschreibungsunterschieden bei Grundstücken und Gebäuden sowie negativen besitzzeitanteiligen Aktiengewinnen bei Anteilen an Investmentvermögen resultieren, durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Die Steuerentlastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden insbesondere bei dem Ansatz von Rückstellungen und Wert-

papieren sowie der Forderungsbewertung. Eine passive Steuerabgrenzung war nicht erforderlich. Auf den Ansatz aktiver latenter Steuern in der Bilanz wurde verzichtet. Die Ermittlung der Differenzen erfolgte bilanzpostenbezogen unter Zugrundelegung eines Steuersatzes von 31,6 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag).

Anlagenspiegel

	Entwicklung des Anlagevermögens (Angaben in TEUR)													
	Entwicklung der Anschaffungs- /Herstellungskosten					Entwicklung der kumulierten Abschreibungen						Buchwerte		
	Stand am 1.1. des Ge- schäfts- jahres	Zu- gänge	Abgänge	Um- buchun- gen	Stand am 31.12. des Ge- schäfts- jahres	Stand am 1.1. des Ge- schäfts- jahres	Ab- schreibun- gen im Ge- schäfts- jahr	Zu- schrei- bungen im Ge- schäfts- jahr	Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit			Stand am 31.12. des Geschäfts- jahres	Stand am 31.12. des Geschäfts- jahres	Stand am 31.12. des Vorjahres
								Zugän- gen	Abgän- gen	Umbu- chungen				
Schuldver- schreibun- gen und andere festverzins- liche Wert- papiere	402.881	35.73 0	100.96 1	157.19 3	494.843	633	255	147	0	336	298	703	494.140	402.248
Aktien und andere nicht fest- verzinsliche Wertpapiere	19.280	32.51 3	0	0	51.793	933	0	0	0	0	0	933	50.860	18.346
Beteiligun- gen	16.580	38	280	0	16.338	1.103	0	0	0	187	0	916	15.422	15.477
Anteile an verbunden- nen Unter- nehmen	26	0	0	0	26	0	0	0	0	0	0	0	26	26
Sachanla-	89.783	482	1.401	0	88.864	67.579	1.894	0	1.894	1.384	0	68.089	20.775	22.204

	Entwicklung des Anlagevermögens (Angaben in TEUR)														
	Entwicklung der Anschaffungs-/Herstellungskosten				Entwicklung der kumulierten Abschreibungen						Buchwerte				
	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	Abschreibungen im Geschäftsjahr	Zuschreibungen im Geschäftsjahr	Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit Zugängen, Abgängen, Umbuchungen			Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres	
gen															
Immaterielle Anlagewerte	1.571	133	65	0	1.639	1.505	171	0	171	65	0	1.611	28	67	

Beteiligungsspiegel

Die Sparkasse besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen, die von wesentlicher Bedeutung sind:

Name und Sitz	Eigenkapital in TEUR lt. vorliegendem Jahresabschluss	Beteiligungsquote in %	Ergebnis in TEUR lt. vorliegendem Jahresabschluss	Letzter vorliegender Jahresabschluss

<i>Ostdeutscher Sparkassenverband, Berlin</i>	<i>119.404</i>	<i>2,01</i>	<i>-968</i>	<i>31.12.2015</i>
<i>Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt, Magdeburg</i>	<i>116.307</i>	<i>9,67</i>	<i>7</i>	<i>31.12.2015</i>

Passivseite:

Posten 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

*Verbindlichkeiten gegenüber der
eigenen Girozentrale
37.662 TEUR*

*Der Gesamtbetrag der als Sicherheit für
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
übertragenen Vermögensgegenstände beläuft sich auf
37.694 TEUR*

Posten 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

*Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit denen ein Beteiligungsverhältnis
besteht:*

*Bestand am Bilanzstichtag
1.559 TEUR*

*Bestand am 31.12. des Vorjahres
2.481 TEUR*

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen:

*Bestand am Bilanzstichtag
139 TEUR*

*Bestand am 31.12. des Vorjahres
124 TEUR*

Posten 6: Rechnungsabgrenzungsposten

*Unterschiedsbeträge zwischen dem Auszahlungsbetrag
bzw. den Anschaffungskosten von Forderungen gegenüber*

dem höheren Nominalwert sind enthalten in Höhe von
264 TEUR

Bestand am 31.12. des Vorjahres
52 TEUR

Posten 7: Rückstellungen

Der bilanzielle Ansatz der Pensionsrückstellungen i.H.v. 5.236 TEUR wurde nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren ermittelt. Auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt der Erfüllungsbetrag der Pensionsrückstellungen 5.830 TEUR. Der Unterschiedsbetrag i.H.v. 593 TEUR unterliegt einer Ausschüttungssperre gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB. Der Jahresüberschuss kann somit nicht voll ausgeschüttet werden.

Passiva unter dem Strich:

1. Eventualverbindlichkeiten

Im Zusammenhang mit der Unterbeteiligung des Ostdeutschen Sparkassenverbands an einer Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG hat der Hauptbeteiligte gegenüber dem Unterbeteiligten Anspruch auf Ersatz seiner Finanzierungskosten, sofern die von der Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG erzielten Erträge nicht ausreichen, die Finanzierungskosten zu begleichen. In einem solchen Fall hat die Sparkasse die Verpflichtung übernommen, anteilig für den anfallenden Aufwendungsersatz (Zinsen und Darlehensverbindlichkeiten) einzustehen. Die Sparkasse hat darüber hinaus die Verpflichtung übernommen, für anfallende Zinsen aus einer Darlehensschuld des Ostdeutschen Sparkassenverbands (Unterbeteiligter) einzustehen. Hinsichtlich der Bildung von Rückstellungen aufgrund des erwarteten Aufwendungsersatzes und der Umlagenbeträge wird auf die Ausführungen unter I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verwiesen. Ein Betrag, zu dem die Inanspruchnahme aus dem Haftungsverhältnis künftig noch greifen kann, ist nicht quantifizierbar.

2. Andere Verpflichtungen

Durch die künftige Inanspruchnahme der unter den anderen Verpflichtungen ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen entstehen nach den Erkenntnissen des Bilanzstichtages werthaltige Forderungen. Es sind keine Anhaltspunkte für wirtschaftliche Belastungen der Sparkasse aus den unwiderruflichen Kreditzusagen erkennbar.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen noch nicht eingeforderte verbindliche Zeichnungszusagen auf Immobilienfondsanteile i.H.v. 37.964 TEUR (Vorjahr 33.352 TEUR).

Die Sparkasse gehört dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe (Sicherungssystem) an, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft (freiwillige Institutssicherung). Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Ziel dabei ist es, die angehörnden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise schützt die Institutssicherung auch sämtliche Einlagen der Kunden.

Das Sicherungssystem ist als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt (gesetzliche Einlagensicherung). Unabhängig von der Institutssicherung hat der Kunde gegen das Sicherungssystem jedenfalls einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen i. S. v. § 2 Absätze 3 bis 5 EinSiG bis zu den Obergrenzen gem. § 8 EinSiG (derzeit 100.000 Euro pro Person).

Die Sparkassen-Finanzgruppe hat das bisherige System der freiwilligen Institutssicherung für alle deutschen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen beibehalten. Zusätzlich erfüllt das Sicherungssystem auch die Anforderungen des EinSiG und wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Einlagensicherungssystem anerkannt.

Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen im Rahmen der freiwilligen Institutssicherung zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Der Einlagensicherungsfall hingegen würde von der BaFin festgestellt. In diesem Fall hat das Sicherungssystem die Funktion der Auszahlungsstelle.

Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation besitzt ein effizientes Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der verfügbaren Mittel (Barmittel und Nachschusspflichten).

Die künftigen Einzahlungsverpflichtungen in ein nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 43 EinSiG als Einlagensicherungssystem anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe („Sicherungssystem“) belaufen sich am Bilanzstichtag auf insgesamt 3.253 TEUR. Bis zum Erreichen des individuellen Zielvolumens in 2024 sind jährliche Beiträge zu entrichten.

Die gemäß § 9 RechKredV geforderte Gliederung der Forderungen und Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten ergibt sich für die folgenden Posten:

Posten der Bilanz	Restlaufzeit bis zu 3 Monaten	- mehr als 3 Monate bis zu 1 Jahr	- mehr als 1 Jahr	- mehr als 5 Jahre
	Angaben in TEUR			
Aktiva 3 b) andere Forderungen an	0	10.000	0	0
Aktiva 4 Forderungen an Kunden	29.661	143.034	288.199	528.961
Passiva 1 b) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter	529	1.477	7.709	27.947
Passiva 2 a ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von	6.268	443.547	1.900	0
Passiva 2 b bb)	593	2.190	2.759	658

andere Ver- bindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter				
--	--	--	--	--

Anteilige Zinsen der jeweiligen Aktiv- und Passivposten werden gemäß § 11 RechKredV nicht nach Restlaufzeiten aufgliedert.

Angabe der Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen):

	TEUR
Posten Aktiva 5	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wert- papiere	88.086

Im Posten Aktiva 4, Forderungen an Kunden, sind Forderungen in Höhe von 29.504 TEUR mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

III. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Posten 1: Zinserträge

Im Rahmen der Mindestreservehaltung und der Bargeldversorgung sowie für kurzfristige Anlagen der überschüssigen Liquidität hat die Sparkasse im abgelaufenen Geschäftsjahr negative Zinsen gezahlt. Diese Negativzinsen wurden mit den Zinserträgen, die üblicherweise bei derartigen Geschäftsvorfällen anfallen, wie folgt verrechnet:

Zinserträge aus

a.) Kredit- und Geldmarktgeschäften

30.221 TEUR

abzüglich negative Zinsen

78 TEUR

= 30.143

TEUR

Posten 2: Zinsaufwendungen

Bei einzelnen Geschäftsvorfällen kommt es aufgrund der Auswirkungen des vorherrschenden Niedrigzinsumfeldes dazu, dass die Sparkasse für die Her-einnahme von Einlagen institutioneller Anleger eine Vergütung (positive Zinsen) erhält. Diese positiven Zinsen wurden mit den Zinsaufwendungen, die üblicherweise bei derartigen Geschäftsvorfällen anfallen, verrechnet.

Zinsaufwendungen

4.631 TEUR

abzüglich positive Zinsen

4 TEUR

= 4.627

TEUR

Posten 5: Provisionserträge

Die wesentlichen Provisionserträge für die für Dritte erbrachten Dienstleis-tungen für Verwaltung und Vermittlung entfallen auf die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherung, Bausparverträge, Immobilien, Investmentzertifikate, Leasingverträge, Fondsanteile).

Posten 25: Jahresüberschuss

Der einer Ausschüttungssperre gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB unterliegende Gesamtbetrag in Höhe von 593 TEUR resultiert in voller Höhe aus dem Un-terschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maß-gabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergan-

genen zehn Geschäftsjahren anstelle eines durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren. Der Jahresüberschuss kann somit nicht voll ausgeschüttet werden.

Es ist vorgesehen, den Jahresüberschuss in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

IV. Sonstige Angaben

Den Organen der Sparkasse gehören an:

Verwaltungsrat:

Vorsitzender

der

horst, Beate

gogin, Wohnungsbaugesellschaft

Magdeburg mbH

Dr. Trümper, Lutz

Oberbürgermeister

1. Stellvertretender Vorsitzen-

der

Wübben-

Päda-

2. Stellvertretender Vorsitzender

Gurcke, Reinhard, CDU-Fraktions-
geschäftsführer in Rente

Mitglieder

Schindehütte, Gunter

Theile, Frank

Canehl, Jürgen

Nordmann, Sven

Schuster, Frank

Bromberg, Dieter

Schlosser in Rente

Ingenieur, Wohnungsbaugesellschaft
Magdeburg mbH

Geschäftsführender Gesellschafter
Lofthaus Buckau OHG, selbständiger
Stadtplaner

Geschäftsführer, HSN Real Estate
Ltd., HSN Grundbesitz GmbH

Geschäftsführender Gesellschafter,
Paul Schuster GmbH

selbständiger Unternehmer Haus-
Grundstücksverwaltung

und

Müller, Oliver
DIE LINKE /
Stadtrat

Geschäftsführer der Fraktion
Gartenpartei im

Tyszkiewicz, Ralph
schaft für
deburg mbH

Geschäftsführer, GWM Gesell-
Wirtschaftsservice Mag-

Dr. Grube, Falko

Pressesprecher SPD-
Landtagsfraktion

Woosmann, Andreas

Marktbereichsdirektor, Stadtpar-
kasse Magdeburg

Kalkofen, Jens

Geschäftsstellenleiter, Stadtparkasse
Magdeburg

Nüse, Matthias (bis 30.09.2016)
denbetreuung,
Magdeburg

Abteilungsleiter Firmenkun-
Stadtparkasse

Voigt, Dirk

Mitarbeiter Unternehmenssteuerung,
Stadtparkasse Magdeburg

Größler, Roland

Mitarbeiter Unternehmenssteuerung,
Stadtparkasse Magdeburg

Albers, Olaf

Geschäftsstellenleiter, Stadtparkasse
Magdeburg

Vorstand:

Vorsitzender
Eckert, Horst

Mitglied
Eckhardt, Jens

Der Vorstandsvorsitzende Herr Horst Eckert ist Mitglied im Aufsichtsrat der Lotto-Toto GmbH Sachsen-Anhalt mbH sowie der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 2.975 TEUR.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurden Kredite sowie Haftungsverhältnisse in Höhe von 1.897 TEUR gewährt.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Verwaltungsrates betragen 64 TEUR.

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	247
Teilzeitkräfte	165
Insgesamt	<u>412</u>

Nachrichtlich:

Auszubildende 16

Im Geschäftsjahr wurde für Leistungen des Abschlussprüfers ein Aufwand in Höhe von 244 TEUR gebucht. Von dem Gesamthonorar entfallen auf Abschlussprüfungsdienstleistungen 216 TEUR sowie auf andere Bestätigungsleistungen 28 TEUR.

Mit nahestehenden Personen haben wir ausschließlich marktübliche Geschäfte abgeschlossen.

Magdeburg, den 21. April 2017

Eckhardt

Horst Eckert

Jens

Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Magdeburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, 21. April 2017

Sparkassenverband für die Sparkassen in den Ländern
Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, im Freistaat Sachsen und
im Land Sachsen-Anhalt (Ostdeutscher Sparkassenverband)
- Prüfungsstelle -

Wirth
Wirtschaftsprüfer

Vorlage

für die Verwaltungsratssitzung am 9. Juni 2017

Tagesordnungspunkt 3

Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns

Nach § 27 (2) Sparkassengesetz des Landes Sachsen-Anhalt kann der Verwaltungsrat beschließen, einen Teilbetrag vom ermittelten Jahresüberschuss dem Gewährträger zuzuführen (Ausschüttung) oder in die Sicherheitsrücklage einzustellen. Der Bilanzgewinn beträgt EUR 1.836.579,21.

Der Verwaltungsrat beschließt den Bilanzgewinn i. H. v. EUR 1.836.579,21 der Sicherheitsrücklage zu zuführen, um die Eigenkapitalquote der Stadtsparkasse Magdeburg zu festigen.

Magdeburg, 9. Juni 2017

Der Verwaltungsrat